

Jahresbericht 2023



Vorführung "Eksil", Bremen, 22. Oktober 2023 ©Watch Idonesia! e.V.

“We all need to consider the possibilities of a united world based on the sense of humanity and solidarity. Crimes committed by a nation-state or in the name of progress and development will be reduced only if we are able to recognise ourselves as part of other humans’ destiny.”

- Munir Said Thalib -

Inhalt

Menschenrechte, Demokratie und Umwelt im Überblick.....	1
Der Verein und seine Ziele.....	19
Auf einen Blick: Aktivitäten in 2023.....	26
Querschnittsthemen.....	45
Wem wir danken.....	46

Indonesien und Timor-Leste

2023

Menschenrechte, Demokratie und Umwelt im Überblick

Die fortschreitende Abkehr von demokratischer Regierungsführung und dem Menschenrechtsschutz hat unter der Präsidentschaft Joko Widodos an Dynamik gewonnen. Eine ihrer Motoren ist der während der zweiten Amtszeit des Präsidenten geschmiedete parteiübergreifende Konsens über wirtschaftliche Entwicklungsziele. Dieser stellt das schnelle und massive Wirtschaftswachstum in den Fokus. Die damit verbundenen Industrie- und Infrastrukturprojekte, einschließlich solcher, die als Teil der ökologischen Wende betrachtet werden, erweisen sich dabei als Arenen in denen sich Verstöße gegen bürgerliche Grundrechte und international vereinbarte Menschenrechtsprinzipien konzentrieren. Rechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte, Milizen und große Wirtschaftsunternehmen wurden auch 2023 nicht in ausreichendem Maße geahndet. Auch, dass sich Joko Widodos Regierungsfähigkeit auf Militärs mit soliden Verbindungen zu potenten Geldgeber*innen und eigener verzweigter Machtbasis stützt, verstärkt illiberale Tendenzen seit Jahren beinahe ungebrochen.

Bereits die zweite Jahreshälfte 2023 stand im Zeichen der für den 14. Februar 2024 geplanten Wahlen. Rund 205 Millionen Wahlberechtigte wurden dazu aufgerufen, einen neuen Präsidenten und Vizepräsidenten sowie fast 20.000 Abgeordnete für das nationale Parlament sowie die Provinz- und Bezirkparlamente zu wählen. Angesichts ihrer prägenden Kraft standen die Präsidentschaftswahlen weithin im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Nicht nur die politische Bilanz der meisten Präsidentschaftskandidaten sowie der amtierenden Regierung – insbesondere in Punkto Menschenrechte – sondern auch die Umtriebe im Vorfeld der Kandidatenkür, ließen ein breites Spektrum der indonesischen Zivilgesellschaft mit Sorge in die Zukunft blicken.

In der Gesamtschau führten auch 2023 Gesetzesinitiativen und Maßnahmen zur weiteren Schwächung demokratischer Verfahren und Institutionen, zur Einschränkung von Bürger*innenrechten und zur Reduzierung politischer Transparenz. Dabei demonstrierte nicht nur das Gerichtsverfahren gegen die beiden Menschenrechtsverteidiger*innen Fatia Maulidyanti und Haris Azhar erneut, wie zentral die Instrumentalisierung rechtsstaatlicher Instrumente und Institutionen in der Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen ist. Dass die relevanten Entscheidungsträger*innen, die vollständige Aufklärung des politischen Mordes an dem prominenten Menschenrechtsverteidiger Munir Said Thalib in 2004 nach wie vor blockieren, führt vor Augen, welchen Gefahren Menschenrechtsverteidiger*innen ausgesetzt sind.

Der Einfluss und die Gestaltungskraft etablierter (informeller) Bündnisse der Trias Politik, Wirtschaft und Militär blieben unangefochten. Insgesamt kann eine weitere Stärkung des Militärs und die Perpetuierung von Straflosigkeit, die Aushöhlung von Menschenrechts- und Umweltstandards, die politische Schwächung von Lokalregierungen sowie eine weitere Eskalation des Papuakonflikts konstatiert werden.

In Indonesien verübte schwere Menschenrechtsvergehen der Vergangenheit harren nach wie vor einer angemessenen Aufarbeitung. Die Täter*innen werden nicht zur Verantwortung gezogen, während Opfer und Überlebende sowie ihre Nachfahren nicht nur Stigmatisierung, sondern auch reale Bedrohungen erfahren, wenn sie für Aufarbeitung und Wiedergutmachung eintreten. Im Januar hat Präsident Joko Widodo immerhin sein Bedauern über zwölf Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit öffentlich zum Ausdruck gebracht, darunter die antikommunistischen Massenmorde 1965 – 1966. Auf das Bekenntnis zu einer juristischen Aufarbeitung, die Übernahme der politischen Verantwortung oder gar eine Entschuldigung indessen, warten die Opfer und Überlebenden bis heute.

Timor-Lestes immer noch junge Demokratie ringt weiter mit regierungsinternen Machtkämpfen und instabile Institutionen wie auch Korruption und Nepotismus stellen Hindernisse für den Aufbau einer widerstandsfähigen und repräsentativen Demokratie dar. Hierarchische Gesellschaftsentwürfe, die das Doppelerbe der portugiesischen Kolonialherrschaft und der indonesischen Besatzung (1975-1999) im Gepäck tragen, erschweren es überdies vor allem Frauen und jungen Menschen, ihr demokratisches Potenzial zu realisieren.

Die Parlamentswahlen im Mai 2023 fanden in einem kompetitiven, aber friedlichen politischen Umfeld statt und der Wahlprozess selbst verlief insgesamt glaubwürdig und transparent.

Timor-Leste leidet unter einer multidimensionalen Fragilität, einer zunehmenden Ernährungsunsicherheit und einer der höchsten Raten von Unter- und Mangelernährung bei Kindern in Asien. Infolge zunehmender Klimaschocks kämpfte das Land während des gesamten Jahres 2023 mit Ernährungsunsicherheit und Unterernährung. Zusätzlich belastend sind die hohe Armutsrate, die Inflation der Lebensmittelpreise und die Kosten für den immer noch erforderlichen Wiederaufbau nach den Sturzfluten des Jahres 2021, welche kritische Infrastrukturen und Produktionsmittel erheblich beschädigten. Gewalt gegen Frauen und Mädchen stellt eines der drängendsten Menschenrechtsprobleme in Timor-Leste dar.

Straflosigkeit

Was Indonesien und Timor-Leste eint, ist die anhaltende Straflosigkeit für Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit. Während sich bisher noch jede indonesische Regierung der Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsvergehen verweigert hat, bleibt die Regierung Timor-Lestes ebenfalls hinter den Empfehlungen der nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission (Commission for Reception, Truth and Reconciliation, CAVR) und der bilateralen Wahrheits- und Freundschaftskommission (Commission for Truth and Friendship, CTF) zwischen Indonesien und Timor-Leste zurück. Die Opfer und Überlebenden der während der indonesischen Besatzungszeit (1975 – 1999) verübten Gräueltaten kämpfen weiterhin um Anerkennung und Wiedergutmachung. Insbesondere weibliche Überlebende, darunter Überlebende sexualisierter Gewalt, sind bis heute mit vielschichtigen Formen von Diskriminierung konfrontiert.

Indonesien

Die seit spätestens 2019 beobachtbare Entwicklung, Wirtschaftswachstum vor Menschenrechte und Umwelt- sowie Klimaschutz zu stellen, wirkte 2023 ungebrochen fort. Auf Joko Widodos Pfad der Modernisierung und Entwicklung entfalten sich autoritäre Muster der Politikgestaltung umfassend. Diese kommen in den Arenen Umwelt- und Klimaschutz, Infrastrukturprogrammen, Transitional Justice, den Rechten von Indigenen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen oder dem Umgang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen Westpapas besonders zur Geltung. Vor dem Hintergrund der

gegenwärtigen Regierungszusammensetzung ist diese Politikgestaltung mit einer zunehmenden Militarisierung und der wachsenden politischen Bedeutung von Oligarchen und Eliten unterfüttert.

In der gegenwärtigen weltpolitischen Umbruchphase gilt Indonesien für Deutschland und die EU als Schlüsselpartner. Für die deutsche Entwicklungs-, Wirtschafts- und Außenpolitik, einschließlich der Klimaaußenpolitik, spielt Indonesien eine zunehmend bedeutende Rolle. Deutschland und die EU umwerben das Land und seine gegenwärtige Regierung mit Anerkennung auf der internationalen Bühne und Milliarden von Hilfen und Krediten, u.a. im Rahmen der Klimapartnerschaft. Dies beinhaltet z.B. Infrastrukturprogramme wie die Green Infrastructure Initiative, die im Oktober 2020 im Rahmen der bilateralen Regierungsverhandlungen vereinbart wurde oder die 2022 am Rande des G20-Gipfels in Bali geschlossene Just Energy Transition Partnership (JETP).

Indonesiens Regierung bespielte auch 2023 die internationale Bühne. Der Regierung, deren Verteidigungsminister mit schweren Menschenrechtsverbrechen in Verbindung gebracht wird, gelang es, zum wiederholten Mal Mitglied des UN-Menschenrechtsrats zu werden. Und zum dritten Mal in Folge fungierte Indonesien als Gastland der Hannover-Messe, der nach eigenem Bekunden weltgrößten Industriemesse.

Unterdessen bezeugt die indonesische Bevölkerung den freien Fall von Menschenrechts- und Umweltstandards. Das gilt besonders, wenn es um die Ausbeutung von Rohstoffen, Tropenholz und Infrastrukturentwicklung geht. Die sog. „grüne“ Infrastruktur stellt hier keine Ausnahme dar. „Religiöse Harmonie“ und die Islamisierung von Bekleidungsnormen, sprich: der Kopftuchzwang für Frauen, waren weitere brisante Felder, die vor allem Frauen und Angehörige religiöser Minderheiten in starke Bedrängnis brachten.

Menschenrechtsverteidiger*innen derweil leben gefährlich. Die juristische Verfolgung von Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti demonstrierte dies eindringlich. Nicht alle sind so prominent wie Fatia und Haris. Landwirt*innen, Stadtbewohner*innen und Indigene, die sich gegen ihre Vertreibung oder die Zerstörung ihrer Lebensumgebung durch industrielle Großprojekte verteidigen, riskieren Leib und Leben.

Zahllose, seit den grausamen Massakern 1965/66 begangene Menschenrechtsverbrechen bleiben ungesühnt. Die im Januar 2023 von Joko Widodo verlautbarte Anerkennung von 12 schweren Menschenrechtsverbrechen, darunter die antikommunistischen Massaker von 1965, Massentötungen in Westpapua in den 1960er und 1970er Jahren sowie schwere Kriegsverbrechen in Aceh oder das Verschwinden von pro-demokratischen Aktivisten in den Jahren 1997 – 1998 ist ein wichtiger Schritt. Allerdings übernimmt die Regierung weiterhin weder die politische Verantwortung noch stellt sie eine juristische Aufarbeitung in Aussicht. Damit, so Opfer- und Überlebendenverbände sowie Menschenrechtsorganisationen, werde den Täter*innen implizit Straffreiheit zugesichert und der Straflosigkeit auch in Hinblick auf die Gegenwart kein Einhalt geboten.

In Papua nahm die Gewalt auch 2023 kein Ende. Die Militärpräsenz im zivilen Raum ist allgegenwärtig. Rassismus, Ausgrenzung und Bedrohung durch staatliche oder staatlich protegierte Kräfte gehören zu den Alltagserfahrungen vieler indigener Papua. Allerdings legt sich die Unterdrückung und Repression von Dissens nach und nach neue Kleider um. „Wir werden nicht mehr verhaftet und gefoltert oder verschwinden für ewige Zeiten hinter Gittern, sondern wir werden überfahren oder haben einen anderen tödlichen Unfall“, berichten nicht nur einzelne Papuas.

Demokratie - Das Fenster zu echter Demokratie und *good governance* schließt sich weiter

Ab Mitte November standen die Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidatenpaare, die ab Oktober 2024 für die Nachfolge von Präsident Joko Widodo und seinem Vize an der Spitze des Landes kandidieren werden, fest: Prabowo Subianto und Gibran Rakabuming Raka, Ganjar Pranowo und Mohammad Mahfud Mahmodin, Anies Baswedan und Abdul Muhaimin Iskandar. Joko Widodo durfte nach zwei Amtszeiten laut Verfassung nicht erneut kandidieren.

Beobachter*innen konstatieren, dass eine Reihe von politischen, administrativen und juristischen Manövern der amtierenden Regierung auf eine gezielte Beeinflussung der Wahlergebnisse zu Gunsten des kandidierenden Präsidentschafts- und Vizepräsidentenpaars Prabowo Subianto und Gibran Rakabuming Raka, einem Sohn Joko Widodos hindeuten. Sie verweisen in diesem Zusammenhang u.a. auf Wahlkreisschiebung, die Aufteilung Westpapas in sechs statt zwei Provinzen im Jahr 2022, die Durchsetzung Gibrans¹ als Vizekandidat sowie die Nutzung staatlicher Ressourcen für Wahlwerbung oder die Auszahlung von Sozialleistungen.

Als aussichtsreichstes Tandem galt Prabowo Subianto, Verteidigungsminister und Generalleutnant während der Suharto-Diktatur (1966 – 1998) mit einer Historie an schweren Menschenrechtsvergehen und sein Vizekandidat Gibran Rakabuming Raka.² Dass Prabowo der Wahrung von Menschenrechten keine Priorität einräumt, hat er mehrfach in öffentlichen Statements deutlich gemacht. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverletzungen, der Proliferation von autokratiefördernden Gesetzesreformen und der Kollusion zwischen Oligarchen, Militär und Politik befürchten Menschenrechtsverteidiger*innen und vulnerable Bevölkerungsgruppen unter seiner Präsidentschaft ein Durchregieren mit eiserner Faust.

Die politische und institutionelle Stärkung des Militärs setzte sich fort. Nach über 20 Jahren Demokratisierung, die durch den Rückzug des Militärs aus der indonesischen Politik geprägt war, erlebt es nicht nur eine politische Renaissance, sondern erweitert seine Einflussosphäre stetig auf zivile Angelegenheiten und entkoppelt sich – auch in der Verfolgung von (wirtschaftlichen) Eigeninteressen – zusehends von einer politischen oder rechtlichen Kontrolle.

Kernstücke der zunehmend autoritären Regierungsführung blieben der starke Einfluss von Oligarchen und intra-oligarischen Konflikten auf Politikentscheidungen und Gesetze, wie auch die Kriminalisierung von Kritiker*innen. Wer öffentlich Kritik äußert, sei sie noch so fundiert und im Rahmen der Meinungsfreiheit formuliert oder die Rolle der Sicherheitskräfte oder Politiker*innen v.a. in der Sicherung und Durchsetzung von sog. Entwicklungsprojekten hinterfragt, riskiert Verhaftung und juristische Verfolgung. Verschärft trifft dies auf Kritik an Vorgehensweisen im Zusammenhang mit Westpapua zu.

In der Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums spielte die politische Instrumentalisierung von Gesetzen – allen voran das Informationstransaktionsgesetz (ITE-Gesetz) – erneut eine bedeutende Rolle. Nach Angaben von Amnesty Indonesien gab es im Zeitraum 2019 - 2023 mindestens 504 Fälle, in denen das ITE-Gesetz unter Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung gegen 535 Personen missbraucht wurde.

1 Laut Verfassung gilt ein Mindestalter von 40 Jahren für eine Kandidatur. Gibran, Bürgermeister von Solo/Surakarta indessen, war 37 Jahre alt. Unter der Leitung von Gibrans Schwiegeronkel Anwar Usman fällte das indonesische Verfassungsgericht die Entscheidung, dass diese Regel nicht angewendet werden müsse, wenn der Kandidat bereits ein politisches Führungsamt inne hat oder hatte und ermöglichte so Gibrans Kandidatur.

2 Wie erwartet gewann das Tandem Prabowo-Rakabuming die Wahl mit 58,59%.

Politische Korruption und Bestechlichkeit blieben auch 2023 prägende Merkmale der Politikgestaltung. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International, der als führender Indikator für Korruption im öffentlichen Sektor gilt, nahm Indonesien mit einem Wert von 34 wie im Vorjahr den 134. Platz von 180 untersuchten Ländern ein. Faktoren wie enorme, aus den Erlösen des Rohstoffhandels generierte, öffentliche Budgets, Eigeninteressen und politische Seilschaften, unterbezahlte Beamte, qualitativ mangelhafte Rechtsvorschriften und die nur schwach ausgeprägte Unabhängigkeit der Justiz begünstigen Bestechlichkeit. Darüber hinaus verfügen lokale Beamte über weitreichende Ermessensbefugnisse über die Verwendung öffentlicher Mittel, wobei angemessene Rechenschaftspflichten und Durchsetzungsmechanismen für bestehende schwach ausgebildet sind.

Auch 2023 entfalteten sich Tendenzen eines autokratischen Legalismus (Änderung oder Beeinflussung von Gesetzen und Gesetzesentwürfen, um das Machtstreben einer Gruppe zu legitimieren) und selektive Strafverfolgung. Die 2023 geführten Korruptionsverfahren gegen mehrere der Regierung Jokowi nahe stehende politische Führungspersonlichkeiten sowie gegen den ehemaligen Gouverneur der Provinz Papua, Lukas Enembe, demonstrieren vor diesem Hintergrund nicht zwingend eine kohärente Umsetzung von Anti-Korruptionsmaßnahmen.

Im November 2021 setzte das Verfassungsgericht das Omnibus-Gesetz zur Schaffung von Arbeitsplätzen aus. Es begründete die Entscheidung damit, dass das Gesetzgebungsverfahren eine ausreichende Beteiligung der Öffentlichkeit nicht ermöglichte. Im Dezember 2022 erließ Präsident Joko Widodo eine Regierungsverordnung, die das Omnibusgesetz wieder in Kraft setzte, und die schließlich im März 2023 durch das Gesetz Nr. 6/2023 vom Parlament verabschiedet wurde.

Menschenrechte

Im September 2023 bewarb sich Indonesien erneut erfolgreich um einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat für die Periode 2024 – 2026. Angesichts der Persistenz gravierender Menschenrechtsverletzungen, der mangelnden Ratifizierung zentraler internationaler Menschenrechtskonventionen sowie den ausbleibenden Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung Indonesiens (UPR) und der anhaltenden Konfliktsituation in West Papua kritisierten Menschenrechtsverteidiger*innen dies aufs Schärfste.

So hat Indonesien das Römische Statut des Internationalen Gerichtshofs bis heute weder unterzeichnet noch ratifiziert. Das Römische Statut vom 17. Juli 1998 ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der die Basis des Internationalen Strafgerichtshofes darstellt. Gleichsam ist die Todesstrafe weiterhin Bestandteil des Strafrechts. Obwohl Indonesien gemäß internationaler Vereinbarungen seit sieben Jahren keine Todesurteile mehr vollstreckt hat, verhängten Gerichte, laut Amnesty International, im Berichtsjahr mindestens 114 Todesurteile.

Die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Rechte marginalisierter Bevölkerungsgruppen und Indigener gerät unter zunehmendem Druck. Gezielte Angriffe auf die Meinungsfreiheit sowie das Mainstreaming der Diskriminierung von „oben“ von Frauen, religiösen Minderheiten und LGBTIQ+, stellen die Zivilgesellschaft auch 2023 vor große Herausforderungen.

Dabei erfahren Anhänger*innen religiöser Minderheiten, Menschenrechts- und Umweltverteidiger*innen, LGBTIQ+ sowie Befürworter*innen der Unabhängigkeit Westpapas und Zivilist*innen im Konfliktgebiet teils schwere Verletzungen ihrer Rechte.

Der Einsatz von Militär und Polizei für die Absicherung von Großprojekten/Infrastrukturprojekten sowie die Priorisierung des Sicherheits- und Entwicklungsansatzes generell und in Westpapua im Besonderen schränken den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum zudem massiv ein. Im Januar

unterzeichnete Präsident Joko Widodo das im Dezember 2022 verabschiedete neue Strafgesetzbuch. Im Januar 2026 wird es in Kraft treten. Es enthält Bestimmungen, die die Rede-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit untergraben sowie die Rechte von Frauen, religiösen Minderheiten und LGBTIQ+-Personen noch stärker gefährden.

Presse- und Meinungsfreiheit

Gewaltsame Niederschlagungen von friedlichen Protesten, willkürliche Inhaftierung und Gewaltandrohung sowie juristische Einschüchterung prägen das Bild. Die digitale Sphäre gewinnt hierin an Relevanz. Das Southeast Asia Freedom of Expression Network (SAFENet) berichtet für 2023 von mindestens 97 Fällen der Kriminalisierung von Meinungsäußerungen. Das Gesetz für elektronische Informationen und Transaktionen (ITE-Gesetz) diente dabei als Hauptinstrument.

Im März 2022 erfolgte die Anklage der Menschenrechtsverteidiger*innen Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti auf Grundlage des ITE-Gesetzes unter dem umstrittenen Absatz 3 des Artikel 27, nachdem sie im Jahr 2021 wegen der "Verbreitung von Falschinformationen" vom koordinierenden Minister für maritime Angelegenheiten und Investitionen, Luhut Binsar Pandjaitan, angezeigt worden waren. Das Amtsgericht Ost-Jakarta eröffnete das Verfahren im April 2023. Die zahlreichen Anhörungen zeichneten sich durch Beweisdürftigkeit seitens der Staatsanwaltschaft aus. Ungeachtet dessen forderte sie im November, Fatia Maulidiyanti zu drei Jahren und sechs Monaten Haft und einer Geldstrafe von 500.000 Rupiah (ca. 30 Euro) zu verurteilen und Haris Azhar zu vier Jahren Haft und einer Geldstrafe von einer Million Rupiah (ca. 60 Euro).

Der Zustand der Internetfreiheit in Indonesien verschlechterte sich 2023 weiter. Hackerattacken und Diffamierung von Journalist*innen und kritische Bürger*innen wie auch Vertreter*innen von Menschenrechts-, Umwelt- und Indigenengruppen in sozialen Medien sind fester Bestandteil der Drohkulisse. Dies hängt in erster Linie mit der stringenteren Durchsetzung der Ministerialverordnung Nr. 5 aus dem Jahr 2020 (MR 5/2020) zusammen. Sie hat Kriterien zur Mäßigung von Inhalten eingeführt, die das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Privatsphäre von Nutzer*innen gefährden. Nachdem die Regierung eine neue Frist für die Einhaltung der Registrierungsvorschriften des Gesetzes bis Juni 2023 gesetzt hatte, sperrte sie vorübergehend mehrere Plattformen und Websites, die sich nicht registriert hatten. In der Zwischenzeit sahen sich Regierungskritiker*innen, Journalist*innen und Internetnutzer*innen weiterhin strafrechtlicher Verfolgung, gewalttätigen Angriffen und Schikanen als Vergeltung für ihre Online-Aktivitäten ausgesetzt. Der Internetzugang in der Region Papua war weiterhin routinemäßig immer wieder unterbrochen.

Indigenenrechte

Im Zusammenhang mit der Wachstumsprogrammatik stehen die Grundrechte und Lebensgrundlagen indigener, ländlicher und armer Bevölkerungsgruppen einer von Straflosigkeit und Rechtsunsicherheit geprägten Bedrohung gegenüber. Auch 2023 waren indigene Gemeinschaften vielerorts von Zwangsräumungen, Mangel an angemessenen Entschädigungen und gravierenden Umweltschäden sowie der Nichtachtung von FPIC-Prinzipien und Art. 25 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte konfrontiert.

Der Jahresbericht Nichtregierungsorganisation Konsortium für Agrarreform (KPA) stellt fest, dass Unternehmensaktivitäten und staatliche Infrastrukturprojekte allein in 2023 zu 241 Konflikten führten von denen 135.608 Haushalte betroffen waren / sind. Die Konflikte betrafen insgesamt 638.188 Hektar Land, die überwiegend von indigenen oder traditionellen Gemeinschaften bewohnt werden, für die die Regierung aber Konzessionen an Plantagenunternehmen vergeben hat oder die für Infrastrukturprojekte vorgesehen sind. Laut Bericht der KPA wurden bei Landkonflikten im vergangenen Jahr 91 Menschen körperlich angegriffen, sechs Menschen wurden erschossen, und 508

Personen strafrechtlich belangt. Fast alle waren indigene Menschen, Bäuer*innen oder Aktivist*innen.³

Frauenrechte

Die Erfüllung der von Indonesien ratifizierten UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) bleibt nicht nur hinter den Erwartungen zurück. Das neue Strafgesetz stellt auch einen Rückschritt dar. Die vorgesehene Kriminalisierung von Ehebruch und Zusammenleben, einvernehmlichen Sex außerhalb der Ehe sowie die Einschränkungen bezüglich sexueller Aufklärung und Verhütung, verstößt gegen zahlreiche Menschenrechte von Frauen.

Diskriminierende Vorschriften im Namen von Moral und Religion schränkte weibliche Selbstbestimmungsrechte auch 2023 ein, Rechts- und Verfahrenssicherheit für die Überlebenden sexualisierter und häuslicher Gewalt sind selten gewährleistet und die Verabschiedung von Gesetzen, die Frauenrechte stärken würden, verzögert sich. Restriktive Bekleidungs- und Verhaltensvorschriften spielen weiterhin eine bedeutende Rolle. Bis dato existieren 73 lokale Hijab-Vorschriften. Die Sanktionen reichen von mündlichen Verwarnungen über den Ausschluss von der Schule oder vom Arbeitsplatz bis zu einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Monaten. Gewalt gegen Frauen blieb eine Herausforderung. Die unabhängige Frauenrechtskommission Komnas Perempuan berichtete für 2023 zwar von insgesamt weniger Fällen von Gewalt gegen Frauen als im Vorjahr, konstatierte jedoch einen eklatanten Anstieg der Meldungen von Gewalt gegen Frauen in der öffentlichen Sphäre und in Zusammenhang mit staatlichen Akteur*innen. In der öffentlichen Sphäre stieg die Zahl der Fälle um 44 Prozent auf 4.182 Fälle und im Zusammenhang mit staatlichen Akteur*innen um 176 Prozent auf 188 Fälle. Der Bericht bilanziert, dass die Hilfe- und Unterstützungsstrukturen weiterhin ungenügend ausgebaut sind und eine geschlechtersensible und stringente Strafverfolgung von geschlechterbasierter Gewalt kaum erfolgt.⁴

Sexuelle Orientierung & Geschlechtsidentität

Etwa 48 Vorschriften richten sich gegen LGBTIQ+-Menschen. Der Staat schützt ihre verfassungsmäßigen Rechte auf Unversehrtheit, Rechtssicherheit und Freiheit von Diskriminierung nicht in ausreichendem Maße. Politische Leitfiguren und Behörden schüren zudem immer wieder Ressentiments. Rechtshilfeorganisationen stellten erneut einen Anstieg von Gewalttaten und Behördenwillkür gegen LGBTIQ+ fest. Willkürliche Verhaftungen und Gewalt in Polizeigewahrsam gehören dazu. Im Juli 2023 sahen sich die Veranstalter*innen der in Jakarta geplanten ASEAN Queer Advocacy Week⁵ aus Sicherheitsgründen genötigt den Veranstaltungsort an einen geheimen Ort zu verlegen. Religiöse Konservative und Anti-LGBTIQ+-Gruppen in forderten die Regierung öffentlich dazu auf, die Konferenz zu verhindern, dämonisierten LGBTIQ+ in der Presse und in den sozialen Medien und verfolgten die Organisator*innen und Teilnehmende mit Schikanen, Verleumdungen und Morddrohungen.

3 Konsorsium Pembaruan Agraria, 31. Dezember 2023: „Laporan Tahunan Agraria 2023. Dekade Krisis Agraria: Warisan Nawacita dan Masa Depan. Reforma Agraria Pasca Perubahan Politik.“ In: <https://drive.google.com/file/d/115y32ErUM2p1XsLDBte0vBjUwsFCct8y/view>. (05.08.2024).

4 Komnas Perempuan: CATAHU 2023: Peluang Penguatan Sistem Penyikapan di Tengah Peningkatan Kompleksitas Kekerasan Terhadap Perempuan.“; In: <https://komnasperempuan.go.id/download-file/1115>. (05.08.2024).

5 Die Veranstaltung ASEAN SOGIE Caucus, einer regionalen Organisation mit Sitz auf den Philippinen, sollte in Zusammenarbeit mit Arus Pelangi, und dem in Thailand ansässigen Asian Forum for Human Rights and Development in Jakarta stattfinden. Vgl. Ryan Thoreson, 19. 7.2023: „Harassment, Threats Prompt Cancellation of LGBT Conference in Indonesia“. Unter: <https://www.hrw.org/news/2023/07/19/harassment-threats-prompt-cancellation-lgbt-conference-indonesia> (05.08.2024).

Glaubens- und Religionsfreiheit

Religiöser Minderheiten erfahren nach wie rechtliche Diskriminierung. Das Blasphemiegesetz von 1965 und die Verordnung über die religiöse Harmonie nehmen hier eine maßgebliche Rolle ein. Letztere, erschwert es Minderheiten, Gotteshäuser zu errichten. Dies umfasst nicht-sunnitische Minderheiten (Ahmadiyah, Schiiten) sowie nicht-muslimische Minderheiten.

Zudem schützt der Staat religiöse Minderheiten nicht in ausreichendem Maße vor Angriffen und Belästigung durch selbsternannte Hüter*innen des Islam und zieht Verantwortliche von Straftaten nicht zur Rechenschaft. Am 17. September haben Dutzende von militanten Muslimen den Gottesdienst einer christlichen Gruppe in Depok mit der Begründung vereitelt, sie habe "keine Genehmigung" für die Durchführung von Gottesdiensten.

Im März verhaftete die Polizei den TikTok-Star Lina Mukherjee unter dem Blasphemiegesetz, weil sie ein Video ins Netz gestellt hatte, in dem sie Schweinefleisch isst, nachdem sie ein islamisches Gebet gesprochen hatte. Im September wurde sie vom Bezirksgericht Palembang zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Islamische Gruppen übten zudem ungehindert Druck auf Kultureinrichtungen aus, Veranstaltungen mit als „unislamisch“ gebrandmarkte Künstler*innen abzusagen.⁶

Militär

Die politische und institutionelle Stärkung des Militärs entfaltete sich 2023 ebenso weiter wie sich dessen Zugriff auf zivile Aufgabenbereiche konsolidierte. Menschenrechtsverletzungen durch Militärangehörige werden nur selten umfassend und unter fairen Bedingungen untersucht oder angemessen geahndet.

Die Kompetenzerweiterung auf zivile Aufgaben hatte Joko Widodo bereits 2019 mit der Präsidialverordnung Nr. 37 zur funktionalen Stellung der TNI (*Tentara Nasional Indonesia*, Nationale Armee Indonesiens) ermöglicht. Sie bildet die rechtliche Grundlage für die Absicherung von Infrastrukturprojekten durch das Militär und dient unter dem Banner der Unterstützung von Entwicklungsaufgaben als eine der Begründungen für die hohe Militärpräsenz in Westpapua. Ende Februar 2023 verkündete der Kommandeur der indonesischen Streitkräfte (TNI), Agus Subiyanto, die Absicht, die Militärpräsenz in den Regionen deutlich erhöhen zu wollen. Künftig sollen in jeder Provinz regionale Militärkommandos (Kodam) eingerichtet sein. Damit würde die Anzahl der Kodam von 15 auf 37 mehr als verdoppelt werden.

Im März trat eine Änderung des Beamtenrechts in Kraft, das aktiven Militärs und Polizisten erlaubt, jedwede zivile Position in der Regierung und in staatlichen Unternehmen zu besetzen. Dies war zuvor nicht möglich.

Sicherheitskräfte standen 2023, insbesondere in Zusammenhang mit der Absicherung von Infrastruktur- und Wirtschaftsprojekten, erneut im Fokus von Vorwürfen, schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. KontraS berichtet für 2023 von 59 Übergriffen, darunter 32 Verfolgungsdelikte, 15 Fälle von Einschüchterungen, 11 Fälle von Folterungen, drei Erschießungen, 5 Fälle von sexualisierter Gewalt, zwei von unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung, vier Entführungen und zwei Fälle von willkürlicher Verhaftung.⁷

6 Vgl.: Human Rights Watch World Report 2024: Indonesia 2023. In: <https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/indonesia#72d33e> (05.08.2024)

7 KontraS, Juli 2024: „Catatan Hari TNI 2023. Masalah Masih Menumpuk: Reformasi TNI Jalan di Tempat“. In: <https://kontras.org/laporan/masalah-masih-menumpuk-reformasi-tni-jalan-di-tempat>. (05.08.2024).

Im August und September kam es zu Protesten gegen Landakquisition für das Rempang Eco-City-Projekt (Provinz Riau vor der Ostküste Sumatras), die am 7. September in Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften gipfelten. Einige Demonstrierende warfen Steine und Wasserflaschen. Sicherheitskräfte eskalierten die Situation mit dem Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen. Mindestens 20 Demonstrant*innen wurden verletzt und 25 Schüler*innen von in der Nähe gelegenen Schulen mussten wegen der Auswirkungen von Tränengas im Krankenhaus behandelt werden. Nach Angaben des lokalen Rechtshilfeinstituts wurden gegen mindestens 35 Personen Anklage wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte erhoben, was mit einer Höchststrafe von einem Jahr und vier Monaten Gefängnis geahndet wird. Im Anschluss der Proteste wurden neue gemeinsame Sicherheitsposten der Polizei und des Militärs auf der Insel eingerichtet.

Westpapua

Der Konflikt in Westpapua hat seit 2018 an Intensität gewonnen. Zugleich haben sich Konflikt und Militärpräsenz seither flächenmäßig ausgebreitet. Lag das Hauptkonfliktgebiet bis September 2021 im zentralen Hochland so finden sich nun auch Konfliktzentren ganz im Westen wie auch an der Grenze zu Papua Neuguinea im Osten. Die indonesische Regierung schützt insbesondere die indigene Bevölkerung vor Übergriffen durch Sicherheitskräfte nicht ausreichend und demonstriert kein Interesse an einer Deeskalation. Die lokale, indigene Bevölkerung erfährt alltäglichen und strukturellen Rassismus.

Der Ausbau der Militärpräsenz ist vorgesehen. In den vier 2022 neu geschaffenen Provinzen wurde 2023 mit der Einrichtung neuer Militärkommandos begonnen.

Anfang 2023 sind Versuche von Akteur*innen, die der indonesischen Regierung und Pro-Unabhängigkeitsgruppen nahestanden, eine "humanitäre Pause" zu vermitteln, gescheitert. Auf Initiative der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM) unterzeichneten im November 2022 mehrere Parteien, darunter die ULMWP (Vereinigte Befreiungsbewegung für West Papua) und die Majelis Rakyat Papua (Volksversammlung der Papua, MRP) in Genf eine Vereinbarung über eine "humanitäre Pause", die zwischen Dezember 2022 und Februar 2023 gelten sollte. Um die Versorgung von Binnengeflüchteten zu ermöglichen wurden an sechs Orten humanitäre Korridore ohne Kampfhandlungen vereinbart. Der neue Kommissar von Komnas HAM indessen, kippte die Vereinbarung Anfang Februar 2023 unilateral u.a. mit der Begründung Komnas HAM verfüge nicht über ausreichende Legitimität, das die Organisation keine Konfliktpartei sei.

Vom Militär verübte Übergriffe und schwere Vergehen, finden allenfalls selektiv und unter hohem öffentlichen (internationalen) Druck Eingang in die Gerichtsbarkeit. Ein seltenes Beispiel ist die Verurteilung von vier Soldaten im Februar 2023 für die außergerichtliche Tötung und Verstümmelung von vier Papuas in Timika durch ein Militärgericht. Die Fälle wurden zuvor, im September 2022, auf der 21. regulären Sitzung des UN-Menschenrechtsrats angesprochen. Problematisch indessen bleibt der Umstand, dass von Militärangehörigen im Einsatz verübte Taten ausschließlich der Militärgerichtsbarkeit unterliegen. Untersuchungen bleiben damit für die Öffentlichkeit intransparent. Nicht nur dieser spezielle Fall wirft überdies die Frage nach der Rolle von Befehlsverantwortlichen auf.

Auf die Entführung des neuseeländischen Piloten Philip Mark Mehrrens im Februar 2023 durch indigene bewaffnete Unabhängigkeitskämpfer reagierte der indonesische Sicherheitsapparat mit einem hohen Grad an Eskalation, die vor allem die Zivilbevölkerung mit Härte traf. Razzien, die Besetzung von zivilen Einrichtungen wie Schulen und Gesundheitsstationen wie auch das Niederbrennen ganze Dörfer veranlassten Tausende Papuas in andere Gebiete zu fliehen.

Reich an Bodenschätzen, gerade auch solcher, die für die Energiewende und im Rahmen der Digitalisierung essenziell sind, ist Papua von enormer wirtschaftlicher Bedeutung für Indonesien. Gleichzeitig sind Wirtschaftsprojekte häufig auf vielfältige Weise mit Militäraktivitäten verquickt. Insbesondere der Bergbausektor spielt eine wichtige Rolle. Recherchen unabhängiger Nichtregierungsorganisationen zeigen, dass Militäroperationen sowohl mit Unternehmensaktivitäten zusammenwirken als auch eine Rolle bei der Umsetzung der Nationalen strategischen Projekte (Proyek Strategis Nasional - PSN) spielen. Im Zusammenhang mit der Umwandlung von fruchtbarem Land in Food-Estate-Projekte gibt es ebenfalls starke Hinweise auf eine Verquickung mit Militäroperationen. Dieses Muster ist auch in anderen Regionen Indonesiens verbreitet. Angesichts des bewaffneten Konflikts und dem hohen Grad der Militarisierung der Region, stellt Westpapua jedoch in Häufigkeit und Intensität von Rechtsverstößen einen der herausragendsten Brennpunkte in dieser Hinsicht dar.

Der seit Jahren von der indonesischen Zentralregierung präferierte Entwicklungsansatz in Westpapua fokussiert sich auf Infrastrukturmaßnahmen und Lizenzvergaben an ausländische Investor*innen. Die Aufteilung Westpapas in sechs statt zwei Provinzen im Jahr 2022 führte zur weiteren Proliferation der Militärpräsenz und ermöglicht im Zusammenhang mit dem Ressourcen hunger für Entwicklungsprojekte die vermehrte Abholzung des Regenwaldes. Korruption sowie Manipulation und Einschüchterung der indigenen Bevölkerung im Zusammenhang mit der Landrechtenutzung nehmen dabei weiter zu. Regelmäßig berichten Betroffene über Unstimmigkeiten in den Genehmigungsverfahren. Umweltverträglichkeitsanalysen werden häufig nicht korrekt durchgeführt und Genehmigungen nachträglich umgewidmet, um die Flächen für Agrarprojekte zu nutzen, die wirtschaftlich ertragreicher sind. Indigene Papuas verlieren durch diese Landnahmen ihre Lebensgrundlagen, Traditionen und Kultur. Vorgaben der Corporate Social Responsibility, die Unternehmen für die Auswirkungen ihres Handelns auf die Gesellschaft in die Pflicht nehmen, werden nicht erfüllt.

Westpapua weist mit durchschnittlich 0.61 den niedrigsten Wert auf dem HDI (Human Development Index) in Indonesien und einen der tiefsten weltweit auf. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Konflikts und seinen Folgen, von denen die hohe Zahl an Binnengeflüchteten die Spitze des Eisbergs darstellt, der Verquickung von Militär und Wirtschaftsunternehmungen sowie der Landnahmen, muss der indonesische Entwicklungsansatz deutlich in Frage gestellt und zugleich auf seine Gerechtigkeit hin untersucht werden.

Internationale Aufmerksamkeit

Unter der Prämisse der nationalen Sicherheit gewährt die indonesische Regierung internationalen Menschenrechtsbeobachter*innen nur sehr begrenzt Zugang zu West Papua und toleriert freie Meinungsäußerung kaum. Internationale Hilfsorganisationen, die zur Registrierung mit der Zentralregierung verpflichtet sind, dürfen Nichtregierungsorganisationen in Westpapua, insbesondere solchen, die sich mit Menschenrechtsfragen befassen, nicht ungehindert finanzielle Unterstützung gewähren.

Im März erfolgte die Verabschiedung der Ergebnisse der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung Indonesiens des UN-Menschenrechtsrats (UPR-Verfahren). Auf die Empfehlung dem OHCHR (Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte), Zugang zu Westpapua zu gewähren und dessen unabhängige Untersuchung der Menschenrechtssituation zu unterstützen, reagierte der anwesende Minister für Recht und Menschenrechte, Yasonna Hamonangan Laoly, mit Vorwürfen der Tatsachenverdrehung. Indonesien, so Laoly, sei stets offen für Besuche internationaler Organisationen.

Einschränkung politischer Partizipation und freier Meinungsäußerung

Das reformierte Sonderautonomiegesetz von 2021 re-zentralisiert im Wesentlichen politische und finanzielle Kontrolle und schafft die Möglichkeit der politischen Vertretung der indigenen Papuas durch lokale politische Parteien ab. Stattdessen wurde eine Quotenregelung auf der Ebene der kommunalen Legislative sowie ein bevorzugter Zugang zu staatlich finanzierten Programmen eingeführt. Zudem ermächtigt es die Zentralregierung neue Provinzen und Distrikte in Westpapua ohne die Zustimmung des MRP (Volksrat der Provinz Papua) oder der Provinzregierungen auszugliedern. Ebenso bleibt die Aufarbeitung von im Kontext des Konflikts begangenen Menschenrechtsverletzungen ausgeklammert. Von papuanischen politischen Vertreter*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen eingebrachte Klauseln in den Gesetzesentwurf, wie die Einrichtung eines Menschenrechtsgerichtshofs für Papua und einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (KKR), wurden nicht berücksichtigt.

In der Summe bedrohen industrielle Großprojekte, Bergbau und die Ölpalmwirtschaft, nicht zuletzt durch die damit einhergehende massive Entwaldung, nicht nur die ökologische Vielfalt, sondern auch die Lebensweise und Lebensgrundlagen indigener Bevölkerungsgruppen. Neben dem bewaffneten Konflikt stellen sie eine der Hauptursachen die massive Binnenvertreibung lokaler Papuas dar. In der Umsetzung entsprechender Projekte finden verbrieftete Mitspracherechte nur unzureichend Berücksichtigung. Im Zuge der Absicherung durch Sicherheitskräfte kam es im Jahresverlauf immer wieder zu massiven Rechtsverletzungen gegenüber Protestteilnehmer*innen sowie zur Kriminalisierung der freien Meinungsäußerung.

Im Laufe des Jahres 2023 wurden 22 Papuas wegen Hochverrats verurteilt. 16 von ihnen befanden sich zum Jahresende noch in Haft, zwei sind gestorben und vier wurden nach Verbüßung ihrer Strafe freigelassen. Sie wurden alle nach Artikel 106 des Strafgesetzbuches, Staatsverrat mit dem Ziel der Abtrennung von Indonesien, angeklagt. Dies, weil sie lediglich eine Versammlung abgehalten und/oder friedlich ihr Streben nach Selbstbestimmung zum Ausdruck gebracht hatten. In der Tat wurden 18 der Angeklagten alleine deshalb verhaftet, weil sie die Morgensternflagge gehisst oder öffentlich gezeigt hatten. Die 18 noch in Haft befindlichen politischen Gefangenen wurden nach Makassar in der Provinz Südsulawesi verlegt, Tausende von Kilometern von ihren Heimatstädten entfernt, was den Zugang zu Rechtsbeistand und Familienbesuchen erschwerte.⁸

Umwelt & Klima

Im Zuge der Entwicklungsagenda sind weithin Entwicklungen zu beobachten, die mit einer Reihe von negativen ökologischen und sozial-wirtschaftlichen Folgen verbunden sind. Der weltweite Energiehunger, v.a. von Industriestaaten, sowie das globale Wettrennen um kritische Rohstoffe und auf sie basierende Produkte, befeuern diese Entwicklung.

Der massive Abbau von Kohle wird ebenso vorangetrieben wie die Förderung von Gold, Silber, Bauxit, Kupfer, Nickel und anderen Mineralien. Die Kalksteinförderung und die Zementproduktion mit ihren verheerenden Auswirkungen auf Biodiversität und Trinkwasserversorgung schritt 2023 weiter voran. Dabei stellen die Ölpalm- und Holzwirtschaft sowie der Bergbau (v.a. Gold, Kohle, Nickel sowie Kalkstein für die Zementproduktion) die Haupttreiber für Entwaldung, (illegale) Landnahmen, Zerstörung der Lebensgrundlagen für Klein- und Kleinstbäuer*innen wie auch Indigene dar.

⁸ TAPOL, 8. Juli 2024: "TAPOL's Submission to the Permanent Peoples' Tribunal on West Papua", S. 12. Unter: https://tapol.org/sites/default/files/2024-07/Final.T%20submission%20to%20PPT_2406.pdf. (06.08.2024).

Klima

Extreme Wetterereignisse mit unterschiedlichen Zerstörungsgraden in ländlichen wie auch in urbanen Gebieten brachen sich auch 2023 Bahn. Die Nationale Agentur für Katastrophenmanagement (BNPB) verzeichnete 4.940 Umweltkatastrophen mit über 9 Millionen Betroffenen und Vertriebenen. Sie forderten 267 Todesopfer, 33 Vermisste und 5.785 Verletzte.

Entwaldung, menschengemachte Bodenerosion, Oberflächenversiegelung und Grundwasserentnahmen verschärfen die Auswirkungen der mit durch den Klimawandel verursachten Wetterextreme drastisch. In Städten, wie Jakarta lassen übermäßige und unkontrollierte Grundwasserentnahmen im Zuge baulicher Verdichtung in Teilen der Stadt den Boden absinken und Oberflächenversiegelung erschwert den Abfluss des Wassers bei Starkregen. Die Provinzregierung möchte dem Überflutungsproblem vom Meer aus mit dem gigantischen Deichprojekt »Giant Sea Wall« Einhalt gebieten. Der Abfluss von Starkregenwasser ist dabei allerdings nicht berücksichtigt. Die mögliche Folge: Regenwasser, das sich mit Abwässern vermischt, würde sich hinter dem Damm stauen und damit die bestehenden Probleme noch vergrößern.

Abholzung, Rodung und Zerstörung von natürlichen Wasserreservoirs in Zusammenhang mit Bergbau, Infrastrukturentwicklung und Agroindustrie verschärfen die Folgen von Starkregen in ländlichen Gebieten, so auch in Zentraljava. Seit 1998 kommt es im Bezirk Pati in Zentraljava immer wieder zu Überschwemmungen. Doch die im November 2022 einsetzende Flut dauerte bis Januar 2023 an. Sie zerstörte Ernten, verursachte Sachschäden, u.a. an insgesamt 6.301 Wohneinheiten und gefährdete so die Existenz von Tausenden von Menschen. Die Bewohner*innen und Bürger*inneninitiativen wie die JM-PPK („Netzwerk der Menschen, denen das Kendeng-Gebirge am Herzen liegt“), mit der Watch Indonesia! eng zusammenarbeitet, weisen die indonesische Regierung bereits seit Jahren darauf hin, dass der Abbau von Kalkstein des in der Region Pati gelegenen Karstgebirges für die Zementproduktion die Katastrophen verstärken und fordern seinen Stopp.

Nickel & kritische Rohstoffe der Energiewende

Indonesien verfügt über eine große und Vielfalt an Mineralienvorkommen. Der Bergbau, einschließlich der Förderung von Erdöl und Erdgas, macht etwa ein Zehntel des BIP des Landes aus und trägt durch Ausfuhren und Steuern erheblich zu Deviseneinnahmen und zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Das Land ist einer der größten Zinnproduzenten der Welt, verfügt über Mangan, Bauxit, das vor allem auf den Riau-Inseln und in West-Kalimantan abgebaut und in einer Aluminiumhütte – der ersten in Südostasien – in Nord Sumatra verarbeitet wird sowie große Kupfer- und Goldvorkommen (Westpapua). Die größten Nickelerzvorkommen der Welt lagern in Indonesien.

Nickelerz gilt neben Kobalt, Kupfer und Lithium sowie eine Reihe anderer Metalle und seltener Erden als kritischer Rohstoff für die Energiewende. Es dient als wichtiger Bestandteil von Batterien für Elektrofahrzeuge und andere Energiespeicher.

Indonesien strebt eine Vormachtstellung bei der weltweiten Nickelversorgung an und gilt bereits jetzt als der größte Produzent dieses Metalls. Die Anzahl der Nickelhütten in Indonesien stieg den letzten 10 Jahren von zwei auf 27, 22 weitere sind geplant. Im vergangenen Jahr war das Land für mehr als die Hälfte des weltweiten Angebots an Nickelerz verantwortlich.

Die Förderung und Verarbeitung von Nickel geht mit erheblichen und kaum kalkulierbaren ökologischen Risiken einher. Neben den massiven Eingriffen in die Natur durch den Tagebau stellen die Raffination der Erze und die dabei anfallenden Abfallprodukte eine Bedrohung für die Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung dar. Massive Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung durch den

Tagebau und die für den Betrieb der Schmelzhütten befeuerten Kohlekraftwerke haben gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit der umliegenden Bewohner*innen.

Mit den aktuellen Herangehensweisen der Nickelverarbeitung, steht zudem nicht nur das Ziel der Energiewende, den CO₂-Fußabdruck z.B. der Automobilindustrie zu reduzieren in weiter Ferne, sondern auch das von Joko Widodo verkündete Ziel der Klimaneutralität Indonesiens bis 2060. Die Verhüttung in der Nickelindustrie basiert auf fossilen Brennstoffen, v.a. Kohle. Mit dem Ausbau einer von Kohlekraftwerken abhängigen Nickelindustrie steigt nicht nur der CO₂-Ausstoß. Auch die Umweltschäden in den Kohleabbaugebieten multiplizieren sich. Eine Untersuchung der Umweltfolgen des Indonesia Weda Bay Industrial Parks (IWIP) in Zentral Halmahera (Nord-Molukken) von Climate Rights International ergab, dass die alleine von IWIP für den Standort betriebenen und geplanten Kohlekraftwerke etwa 3,78 Gigawatt pro Jahr an Energie liefern wofür mehr Kohle benötigt wird als Spanien oder Brasilien in einem einzigen Jahr verbrauchen.⁹ Dabei handelt es sich um die Verbrennung von minderwertiger Kohle aus Kalimantan.

Entwaldung

Indonesien hat zwischen 2001 und 2021 ca. 28,6 Millionen Hektar Waldfläche verloren. Etwa 36% davon entfielen auf Primärwald. Für rund ein Drittel des Waldverlustes zwischen 2001 und 2019 war die Ausdehnung von Ölpalmenplantagen verantwortlich. Bergbau sowie die Schaffung von Infrastruktur für diese Industrien, wie Straßen und Verarbeitungsanlagen, tragen ebenfalls maßgeblich zur Entwaldung bei. Beide Trends hielten 2023 an, wobei die Bergbau- und Rohstoffverarbeitungsindustrie wie auch Infrastrukturprojekte eine wachsende Rolle spielten.

Entgegen einem jahrzehntelangen Rückgang der Entwaldungsrate hat die Abholzung für Ölpalmenplantagen das zweite Jahr in Folge zugenommen. Von Bäumen, die in geschützten Nationalparks gefällt wurden bis hin zu riesigen Waldflächen, die für Palmöl- und Papierplantagen abgeholzt wurden, verzeichnete Indonesien im Jahr 2023 einen Anstieg des Primärwaldverlusts um 27 % im Vergleich zum Vorjahr.

Ein Drittel der Abholzung im Jahr 2023 erfolgte im Zusammenhang mit Ölpalmplantagen in kohlenstoffreichen Torfmoorgebieten. Da diese Gebiete für die Anpflanzung gerodet und entwässert werden, steht eine Erhöhung der Treibhausgasemissionen zu befürchten, denn das so mögliche Eindringen von Sauerstoff in den Boden führt zu einem ständigen Abbau des Torfes, der CO₂ bindet. In der Vergangenheit konzentrierte sich die Abholzung für Plantagen in Indonesien auf die Insel Sumatra. Der Anstieg in den vergangenen beiden Jahren fand hauptsächlich in Kalimantan (Borneo) und Westpapua statt.

Auch die Nickelgewinnung und -verarbeitung spielt in Bezug auf Entwaldung eine zunehmend destruktive Rolle. Rund 75 Prozent der Tagebaugelände liegen in bereits stark unter Druck stehenden Waldgebieten.

2023 war die schlimmste Brandsaison in Indonesien seit 2019, die stark von einem intensiven El-Niño-Wettermuster angefeuert wurde. Nach offiziellen Regierungsangaben ging eine Fläche von der Größe Katars in Flammen auf. Dabei fielen insgesamt 1,16 Millionen Hektar an Land- und Waldflächen den Flammen zum Opfer. Die Brände führten zu einem Verlust von 13.260 Hektar Primärwald,

⁹ Climate Rights International, 2024: „Nickel Unearthed The Human and Climate Costs of Indonesia’s Nickel Industry“. In: <https://cri.org/reports/nickel-unearthed/> (08.08.2024)

Herausforderungen Urbane Transformation und Infrastrukturentwicklung

Vor dem Hintergrund der Entdemokratisierung und dem Verfall des Menschenrechtsschutzes stellt die im Rahmen der Programmatik die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben massive Anzahl von Infrastrukturprojekten enorme Herausforderungen für weite Teile der indonesischen Zivilgesellschaft dar. Diese umfassen beinahe das gesamte Spektrum der bürgerlichen Rechte, die Vernichtung von Lebensgrundlagen und nachhaltige Umweltschäden.

Der Schwerpunkt der Entwicklungsprogrammatik liegt auf der städtischen und industriellen Entwicklung. Laut offiziellen Verlautbarungen hat Indonesien zwischen 2016 und 2023 rund 190 sog. Nationale Strategische Projekte (PSN) mit einem Gesamtwert von 1515,4 Milliarden Indonesische Rupien oder 95,8 Millionen US-Dollar realisiert. Die Projekte umfassen Häfen, Mautstraßen, den Ausbau des Schienenverkehrs, die Schaffung von Sonder- und Freihandelszonen und wirtschaftliche Mega-Zentren, Flughäfen, Kraftwerke, Schmelzanlagen, den Ausbau des Food Estate-Programms u.v.a.. Das sog. „Ten new Bali Project“ mit dem die Infrastruktur für Verkehr sowie die Wasser- und Stromversorgung für zehn ausgewiesene Tourismusregionen geschaffen werden soll sowie der Anfang 2023 beschlossene und voranschreitende Bau der neuen Hauptstadt „Nusantara“ in Ost-Kalimantan gehören ebenfalls dazu.

Im Jahr 2023 wurden 37 PSN mit einem Wert von 475,4 Milliarden Indonesischen Rupien oder 9,2 Mrd. US-Dollar abgeschlossen. Zu diesen Projekten gehören sieben Staudämme, drei Häfen, fünf Mautstraßen, vier Industriezonen, fünf Eisenbahnstrecken, drei Flughäfen, ein Energieprojekt, ein Bildungsprojekt, ein Technologieprojekt, fünf Grenzübergänge und zwei Stromprojekte. Bis Ende 2024 sollen 41 weitere Großprojekte abgeschlossen sein.

Die Projekte bauen auf Kapitalinvestitionen und erfordern meist die Beschaffung von Land, das zuvor von Einzelpersonen und Gemeinschaften kontrolliert wurde oder für diese leicht zugänglich war. Dabei ist der Staat der größte und mächtigste Akteur der Landvergabe. Infrastrukturprojekte, die die Regierung als Projekte von "nationaler strategischer Bedeutung" eingestuft hat berechtigen die Regierung dazu, ganze Gemeinden zu enteignen und stellen damit einen der Hauptgründe für Landkonflikte dar. Das Consortium for Agrarian Reform (KPA) identifiziert allein im Jahr 2023 241 durch Unternehmensaktivitäten und staatliche Infrastrukturprojekte verursachte Konflikte. Sie betreffen 135.608 Haushalte und umfassen eine Fläche von 638.188 Hektar.

Um den Bau dieser Infrastrukturprojekte zu beschleunigen und Investitionen anzulocken, wurden zudem neue Gesetze, Verordnungen und Regularien erlassen. Sie umfassen u.a. die Lockerung von Landnutzungsbestimmungen -akquise, die Lockerung des Arbeitsrechts sowie die Verwässerung von wichtigen Kriterien für Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Urbane Transformation

Laut Weltbank weist Indonesien die höchste Urbanisierungsrate in ganz Asien auf. Prognosen gehen davon aus, dass bis 2025 etwa 68 Prozent der Bevölkerung Indonesiens in städtischen Gebieten leben werden. Alleine Jakarta wird bis 2030 um 20 Prozent wachsen. Den größten Anteil am urbanen Wachstum erfahren jedoch kleine und mittlere Städte. Gleichzeitig gehört Indonesien zu den Ländern, die schon jetzt besonders stark von den Wirkungen der Klimakrise, wie etwa Extremwetterereignisse und Steigen des Meeresspiegels, betroffen sind.

Die von der indonesischen Regierung verfolgte Entwicklungsstrategie steht auch im Wechselverhältnis zu urbanem Wachstum und Stadtentwicklung sowie mit den global vereinbarten Zielen und Ansätzen für die Bewältigung der Klimakrise. Das massive Ausmaß und Tempo, die politischen Rahmenbedingungen sowie die Ausrichtung auf investorengetriebene Markt- und

Profitorientierung sowie der massive Einsatz fossiler Ressourcen, nicht zuletzt im Zuge der Energiewende, zeitigen jedoch auch kontraproduktive Wirkungen.

Städte haben einen erheblichen Anteil am Ressourcenverbrauch, häufig auf Kosten ländlicher Regionen, in denen die Ressourcen gewonnen werden. Vor dem Hintergrund des prognostizierten urbanen Wachstums ist die Auffassung in Städten lägen entscheidende Hebel für das Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens daher weit verbreitet. Im Zuge des Ausbaus erneuerbarer Energien droht sich allerdings die ungleiche Lastenverteilung gegenwärtiger Stadtentwicklungsstrategien zu wiederholen. Dies umfasst Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des Schutzes und der Partizipation vulnerabler Bevölkerungsgruppen wie auch das Verhältnis von urbanen Zentren und ländlichen Räumen. Allein für den angestrebten Ausbau der Solarenergiekapazität von derzeit 0,1 auf 265 GW bis 2050 sind Hunderttausende Hektar Fläche erforderlich. Der Ausbau von Wasserkraft und Geothermie geht mit tiefgreifenden Auswirkungen auf Ökosysteme, Wasser- und Luftqualität und Gesundheit der Bevölkerung im ländlichen Raum einher. Konflikte um den Zugang zu Wasser und Land sowie Entschädigungen sind schon heute zu verzeichnen.

Ein Beispiel ist die neue Hauptstadt Nusantara. Der erste fertiggestellte Bauabschnitt der neuen Hauptstadt Nusantara soll am 17. August 2024, dem Unabhängigkeitstag eingeweiht werden. Nusantara wird offiziell als "intelligente Waldstadt" bezeichnet – eine futuristische, grüne Stadt mit künstlicher Intelligenz, sauberer Energie und fliegenden Taxis – die Mustervorlage einer klimaneutralen Stadt. Die Behörden versprechen, dass die Hauptstadt bis 2045 eine moderne, nachhaltige Waldstadt sein wird, die mit der Natur koexistiert und CO₂-neutral ist. Das Ausmaß von Nusantara und sein enormer Bedarf an Wasser, Energie und Infrastruktur bedeutet, dass die Umweltauswirkungen weit über den Kern der Stadt, wo Regierungsgebäude und Büros geplant sind, bis hin zu den äußeren Ringen der Siedlung und darüber hinaus zu spüren sein werden. Gleichzeitig, so Anwohner*innen und Umweltverbände, zerstören die Baumaßnahmen schon jetzt wichtige Ökosysteme. So wurden bislang beispielsweise insgesamt 1.700 Hektar Mangroven abgeholzt. Mangroven gehören zu den kohlenstoffreichsten Ökosystemen der Erde. Auf einer Insel, die als "Lunge der Welt" bekannt ist und auf der einige der am stärksten gefährdeten Arten leben erwartet die Bevölkerung mehr Partizipation und Schutz ihrer Lebensumgebung, die zugleich häufig die Quelle ihrer Lebensgrundlage darstellt.

In der Summe finden zivilgesellschaftliche Interessen und Bedarfe, insbesondere von marginalisierten Bevölkerungsgruppen wie etwa Indigene, Kleinbäuer*innen, informell Siedelnde oder den sog. *urban poor*, nur unzureichend Berücksichtigung. Ergriffene Maßnahmen zeitigen überdies zumeist signifikante Folgeschäden in Punkto Umwelt- und Klimaschutz.

Timor-Leste (Osttimor): Das Erbe der Besatzung

Timor-Leste ringt nach wie vor um politische Kohärenz und Stabilität. Neben Korruption wirken sich innenpolitische und inraelitäre Konflikte lähmend auf so wichtige und beschlossene Vorhaben wie den Nationalen Aktionsplan gegen geschlechtsspezifische Gewalt oder das Nationale Aktionsprogramm zur Anpassung an den Klimawandel (NAPA) aus.

Zu den zentralen Menschenrechtsproblemen gehören geschlechtsspezifisch Gewalt sowie Menschenhandel und die schlimmsten Formen von Kinderarbeit. Die Folgen der Menschenrechtsverletzungen während der indonesischen Besatzung (1975-1999) und deren aus Sicht der Opfer und Überlebenden ungenügende Aufarbeitung wiegen weiterhin schwer.

Extreme Wetterereignisse und Folgen des Klimawandels wirkten auch 2023 verschärfend auf die ohnehin angespannte Ernährungs- und Versorgungslage.

Demokratie

Wenngleich sich die Regierung Timor-Leste der Demokratie verpflichtet, stellen die immer noch instabilen Institutionen ein Hindernis für die Konsolidierung einer widerstandsfähigen und repräsentativen Demokratie dar. Patronage und fehlende Rechenschaftspflicht kennzeichnen das regierungspolitische Handeln, wobei die starke Abhängigkeit der Wirtschaft von Staatsausgaben Vetterwirtschaft begünstigt. Gleichsam ist die Justiz nach wie vor nicht unabhängig und (politische) Korruption ist weit verbreitet. Dies nicht zuletzt, weil es den Antikorruptionsbehörden an ausreichender Finanzierung mangelt, um effektiv arbeiten zu können.

Bei den laut internationalen Beobachter*innen insgesamt fair und frei ablaufenden Parlamentswahlen im Mai erhielt die Partei Nationaler Kongress für den Wiederaufbau Timors (CNRT) 42% der Stimmen, während die amtierende Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor (Fretilin) 26% der Stimmen erhielt. Der Parteivorsitzende des CNRT, der Widerstandsführer Xanana Gusmão, wurde Premierminister.

Während der Anspruch freier und fairer Wahlen weitestgehend erfüllt wird, weisen einige Wahlvorschriften, die in unterschiedlichen Gesetzen geregelt sind, jedoch Uneindeutigkeiten hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzung auf. Im Jahr 2023 verabschiedete das Parlament eine Änderung des Wahlgesetzes, mit der die Briefwahl, die Stimmabgabe in Blindenschrift und "parallele Wahlzentren" eingeführt werden sollten, in denen Wähler untergebracht werden können, die außerhalb des Gebiets leben, in dem sie zur Wahl registriert sind. Präsident Ramos-Horta legte jedoch im März sein Veto gegen die Änderung ein und begründete dies mit praktischen Problemen bei der Einrichtung von Wahlzentren.

Die Politik wird weiterhin von Persönlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegung und den von ihnen gegründeten Parteien dominiert. Veteranen fungieren häufig als Machtmittler und Organisatoren, während lokale Dorfvorsteher trotz ihrer vorgesehenen Überparteilichkeit Wähler*innen für bestimmte Parteien mobilisieren.

Kampfsportgruppen sind 2023 in den politischen Fokus gerückt. Einige von ihnen werden mit der zunehmenden Gewalt in Verbindung gebracht und stehen im Ruf, dass sie ihre Mitglieder anweisen, bestimmte Parteien zu unterstützen, rivalisierende politische Gruppierungen einzuschüchtern oder selbst Parteien zu gründen. Im November 2023 verhängte die Regierung ein sechsmonatiges Blanko-Verbot von Kampfsportgruppen.

Die Regierung Timor-Lestes ergreift Maßnahmen, die die Beteiligung von Frauen an der Politik und die Gleichstellung der Geschlechter fördern. Mit einem Drittel der Parlamentssitze, die für Frauen reserviert sind, hat Timor-Leste mittlerweile den höchsten Prozentsatz an weiblichen Parlamentarier*innen im asiatisch-pazifischen Raum. Im Juni 2023 wurde Maria Fernanda Lay von der CNRT zur Parlamentspräsidentin gewählt; sie ist die erste Frau in diesem Amt.

Menschenrechte

Gewalt gegen **Frauen** und Kinderzwangsarbeit, deren Häufigkeit und Ausmaß eng mit Armut und Krisensituationen in Zusammenhang stehen, stellen die signifikantesten menschenrechtlichen Herausforderungen dar. Opferhilfe, Ermittlungen und Strafverfolgung scheiterten auch 2023 häufig an Personalmangel und Unterfinanzierung. Eine von der Asia Foundation durchgeführte Grundlagenstudie ergab, dass 66 Prozent der Frauen in Timor-Leste Gewalt durch ihren Intimpartner erfahren haben. Allerdings wurden nur 34 Prozent dieser Fälle Familienmitgliedern gemeldet, und nur

3 Prozent wurden der Polizei gemeldet. Alleine der Anteil der Frauen, die Gewalt in der Partnerschaft erlebt haben, liegt weit über dem weltweiten Durchschnitt von 27 %.

LGBTIQ+-Personen berichten über Fälle von extremer körperlicher Gewalt durch Fremde und Verwandte, einschließlich Fällen von "korrigerender" Vergewaltigung und Zwangsheirat. Es gibt keine staatlichen Einschränkungen in Bezug auf Kleidung oder Auftreten, aber LGBTIQ+-Personen erfahren gesellschaftlichen Druck, ihre Kleidung an die vorherrschenden Geschlechternormen anzupassen. Seit 2017 findet mit Unterstützung der Regierung eine jährliche Pride-Parade statt.

Mehr als 20 Jahre nach der Befreiung Timor-Lestes kämpfen die Opfer der während der indonesischen Besatzungszeit verübten **Menschenrechtsverbrechen** immer noch um Anerkennung und Wiedergutmachung. Die meisten weiblichen Überlebenden, insbesondere die Überlebenden sexualisierter politischer Gewalt, sind darüber hinaus mit einer mehrschichtigen Diskriminierung durch öffentliche Institutionen, ihren Familien, Nachbar*innen und/oder Gemeinschaften konfrontiert. Die zivilgesellschaftlichen Bemühungen, um Aufarbeitung und Heilung wie z.B. Initiativen, die von indonesischen Besatzern gestohlene Kinder mit ihren timoresischen Familien wieder zusammenzuführen, erhalten keine ausreichende Unterstützung.

Die Präsidentschaftskandidatur Prabowo Subiantios sorgte auch in Timor-Leste für einen Aufschrei. Am 10. November 2023 äußerte die Nationale Allianz für ein internationales Tribunal in Timor-Leste (ANTI) Bedenken gegen die Kandidatur des ehemaligen Generals und forderte die Wähler*innen auf, ihn nicht zu unterstützen. Sie wiesen darauf hin, dass ihm schwere Menschenrechtsverletzungen während der indonesischen Besetzung von Timor-Leste vorgeworfen werden, wie etwa das Massaker von 1983 in Viqueque, das als Kraras-Vorfall bekannt ist und bei dem 200 Menschen getötet wurden. Zudem war er Befehlshaber des Spezialeinsatzkommandos (Kopassus), das eine entscheidende Rolle beim Aufbau von Milizen spielte, die für zahlreiche Menschenrechtsverbrechen verantwortlich waren.

Menschenrechtsorganisationen monieren, dass die Empfehlungen des CAVR-Berichts von 2004 sowie der bilateralen Commission of Truth and Friendship (2005 - 2008)¹⁰ unzureichend umgesetzt werden. Trotz umfangreicher Belege, werden Täter*innen nicht ausreichend zur Rechenschaft gezogen und die Belange von Opfern und Überlebenden weitestgehend vernachlässigt. Das wiederholte Muster, die Täter nicht zur Rechenschaft zu ziehen, trägt zu einer Kultur der Straflosigkeit bei, die gemessen am Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt, besonders Frauen und Mädchen betrifft.

Presse und Medien konnten auch 2023 größtenteils frei berichten. Im Weltindex für Pressefreiheit von „Reporter Ohne Grenzen“ vom Mai 2023, liegt das Land auf Platz 10. Gleichwohl sind Medien aufgrund des kleinen Medienmarktes und der begrenzten Finanzierung anfällig für politischen Druck und Selbstzensur. Dennoch veröffentlichen Journalist*innen auch 2023 weiterhin regierungskritische Artikel.

Die Regierung hat keine Journalist*innen im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung inhaftiert, und Verleumdung wurde 2009 entkriminalisiert. Allerdings haben Regierungsbeamte in den letzten Jahren Verleumdungsklagen gegen Medienvertreter eingereicht im Jahresverlauf waren einige Journalist*innen Polizeischikanen ausgesetzt. Journalist*innen, die über Missbrauchsvorwürfe

10 Es wurden zwei offizielle Wahrheitskommissionen eingerichtet, die sich eingehend und objektiv mit den historischen Menschenrechtsverletzungen zwischen 1975 – 1999 befassten. Die Kommission für Aufnahme, Wahrheit und Versöhnung in Osttimor (CAVR) wurde von den Vereinten Nationen in Timor-Leste eingerichtet und nach der Unabhängigkeit von der neuen Regierung Timor-Lestes weitergeführt, während die andere, die Kommission für Wahrheit und Freundschaft (CTF), aus indonesischen und timoresischen Vertreter*innen bestand.

innerhalb der römisch-katholischen Kirche berichteten, erfuhren verstärkte Beobachtung von Seiten der Behörden.

Angesichts der Versuche der Vorgängerregierung Verleumdungsparagraphen wieder in das Strafrecht zu inkludieren sowie des 2021 vorgelegten Gesetzesentwurfs zu Cyberkriminalität, der durch vage formulierte Bestimmungen politischer Instrumentalisierung Tür und Tor öffnete, bleiben Menschenrechtsaktivist*innen wachsam.

Timor-Leste strebt die Vollmitgliedschaft im Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) für 2025 an und hat derzeit einen Beobachterstatus inne. Im Mai verabschiedete der ASEAN einen Fahrplan für den Weg Timor-Lestes zur Vollmitgliedschaft. Vor diesem Hintergrund entsandte die Organisation ASEAN-Parlamentarier*innen für Menschenrechte (APHR) vom 30. September bis 2. Oktober 2023 eine Mission nach Timor-Leste. Sie forderte die Timoresische Regierung dazu auf, im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung, die demokratische und menschenrechtliche Grundsätze zu wahren. Hierbei betonten sie insbesondere die Rede- und Meinungsfreiheit im Internet.

Umwelt & Klima

Das Niederschlagsmuster in Timor-Leste ist stark von den Auswirkungen des Australischen Monsuns geprägt. Während des australischen Sommermonsuns (Dezember bis April) ist das Klima der größte Teil von Timor-Leste von hoher Luftfeuchtigkeit geprägt. Die Trockenzeit hingegen dauert in der Regel mehrere Monate, von Mai bis November.

Extreme Wetterereignisse im Zusammenhang mit El-Niño haben in den letzten 20 Jahren an Häufigkeit und Intensität zugenommen. Seit September 2023 führt ein anhaltendes El-Niño-Wetterereignis zu dürreähnlichen Bedingungen, verspäteten Regenfällen und Sturzfluten.

Aufgrund der globalen Erderwärmung wird das Klima in Timor-Leste zudem immer heißer. Prognosen zufolge werden Hitzewellen und Hitzeperioden in den nächsten 20 Jahren und darüber hinaus drastisch zunehmen. Die Zunahme von Perioden mit Temperaturen über 35°C werden stärkere Anpassungsmaßnahmen erfordern.¹¹ Die negativen Auswirkungen der Extremwetterereignisse und Erwärmung zeitigen gravierende Auswirkungen auf Schlüsselbereiche wie Landwirtschaft, Gesundheit, Wasserversorgung, Energie und Infrastruktur. Vor dem Hintergrund, dass die Agrarwirtschaft der größte Wirtschaftssektor in Timor-Leste ist – rund zwei Drittel der Bevölkerung bestreiten ihren Lebensunterhalt mit Landwirtschaft – stellt der Klimawandel bereits jetzt eine reale Bedrohung für die Lebensunterhalt und die Ernährungssicherheit der Mehrheit der Bevölkerung dar.

Angesichts der Dringlichkeit, bemängeln Kritiker*innen, dass die verschiedenen, seit der Verabschiedung des NAPA im Jahr 2011 tätigen Regierungen, weit hinter den eigenen Zielen und den Erwartungen der Bevölkerung zurückbleibt. Zudem mangle es an Transparenz, verbindlichen Regelungen, was Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten z.B. von Behörden betrifft sowie an Inklusivität – letzteres insbesondere in Bezug auf Fragen der Klimagerechtigkeit für Frauen und Menschen mit Behinderung.

¹¹ International Federation of Red Cross And Red Crescent Societies, 24. Nov. 2023: „Timor-Leste IFRC network mid-year report, January – June 2023 (MAATP001)“. In: <https://reliefweb.int/report/timor-leste/timor-leste-ifrc-network-mid-year-report-january-june-2023-maatp001> (12.08.2024).

Der Verein und seine Ziele

Watch Indonesia! e.V. hat sich 1991 als ehrenamtlicher Zusammenschluss engagierter Menschen zur Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen in Indonesien und dem damals annektierten Osttimor gegründet. Seit 1994 besteht Watch Indonesia! als eingetragener Verein mit Sitz in Berlin. Watch Indonesia! e.V. ist eine säkulare Mitgliederorganisation. Überparteilichkeit und Unabhängigkeit bestimmen unser Selbstverständnis und unsere Arbeitsweise.

Watch Indonesia!

setzt sich für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Timor-Leste ein.

Unsere Arbeit ist getragen von der Verbundenheit mit den Menschen in Indonesien und Osttimor und von der Verpflichtung für ihre Anliegen eine Brücke zu Politik und Gesellschaft in Deutschland zu bilden.

Mit unserer Arbeit möchten wir dazu beitragen, dass in Indonesien und Timor-Leste die Rechte und Freiheiten geachtet und gewahrt sind, ein umfassender Demokratisierungsprozess stattfindet, die Umwelt geschützt wird und Konflikte mit friedlichen Mitteln gelöst werden.

Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur*innen dabei, für ihre Anliegen einzutreten. Mit Bildungs-, Informations-, Advocacy- und Lobbyarbeit, wirken wir darauf hin, dass sich die Zivilgesellschaft und politische Akteur*innen in Deutschland für Menschenrechte, Demokratie und den Schutz der Umwelt in beiden Ländern engagieren.

Wir ermöglichen Vernetzung und Kooperation zwischen relevanten Akteur*innen in Deutschland und Indonesien und Timor-Leste.

Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt

Wir möchten

- ▶ die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Indonesien und Timor-Leste kritisch in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken,
- ▶ die deutsche wie auch die europäische Außen- und Entwicklungspolitik für die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere die Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit und den Kampf gegen die Straflosigkeit sowie für die friedliche Konfliktbearbeitung sensibilisieren und sie zu politischer Initiative anhalten,
- ▶ Politik und Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, welche Auswirkungen der Konsum von Palmöl, Mineralien, Holz und Papier auf Mensch und Umwelt in Indonesien und Timor-Leste hat,
- ▶ die deutsche und europäische Klima(außen)- und Energiepolitik dazu bewegen, soziale, menschenrechtliche und ökologische Kriterien stärker zu berücksichtigen sowie die ökologische Relevanz von Tropenwäldern und Ökosystemen und stärker einzubeziehen.

Damit

- ▶ in Indonesien und Timor-Leste juristische und gesellschaftliche Fortschritte bei der Beendigung der Straflosigkeit und der Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit erzielt werden,
- ▶ beide Staaten Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der politischen und der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ergreifen,
- ▶ marginalisierte Bevölkerungsgruppen, gleich welcher religiösen, ethnischen, weltanschaulichen oder sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identifikation, dieselben Rechte als Bürger*innen ihres Landes genießen, wie alle anderen,
- ▶ in Indonesien eine Nationale Wahrheitskommission eingerichtet wird und Menschenrechtsverbrechen juristisch aufgearbeitet werden,
- ▶ der anhaltende Konflikt in Papua dialogisch gelöst wird,
- ▶ soziale, menschenrechtliche und ökologische Kriterien sowie die globale Relevanz von Tropenwäldern und komplexen Ökosystemen und der Biodiversität in die deutsche, europäische und indonesische Energie- und Klimapolitik stärker einfließen,
- ▶ Konsument*innen, Investor*innen und Unternehmen die Folgen der Expansion von Monokulturen, Rohstoffgewinnung und -verarbeitung berücksichtigen,
- ▶ indigene und traditionelle Landrechte in Indonesien respektiert und Menschenrechtsverletzungen geahndet werden.

Aktivitäten

- ▶ Auswerten der deutschsprachigen, indonesischen und internationalen Presse und Versand von aktuellen Informationen über (z.T. zielgruppenspezifische) e-Mail Newsletter;
- ▶ Regelmäßiges Informieren der Zielgruppen über die aktuelle Situation in Indonesien und Timor-Leste sowie das Hinweisen auf Missstände und das Vermitteln von Forderungen der Partnerorganisationen nach aktiver Unterstützung im Menschenrechts- und Umweltschutz;
- ▶ Formulieren und Vertreten politischer Forderungen gegenüber Regierungen und Öffentlichkeit; Einfluss nehmen auf die deutsche Politik gegenüber Indonesien und Osttimor durch Lobbygespräche, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit;
- ▶ Verfassen von Analysen zu aktuellen Entwicklungen in den genannten Themenfeldern;
- ▶ Erstellen von Menschenrechtsberichten, Arbeitsmaterialien, Medienbeiträgen und Publikationen zu den eigenen Regional- und Themenschwerpunkten;
- ▶ Bearbeitung von Anfragen durch Presse, NROs, Politik (ggf. auch Briefings) und Privatpersonen; darüber hinaus Zusammenstellung von Hintergrundmaterialien für Medien und Politik sowie Vermittlung von Kontakten nach Indonesien und Timor-Leste;
- ▶ Durchführung von Projekten, Seminaren und Veranstaltungen zu Politik und Gesellschaft in Indonesien und Timor-Leste; mit Gästen aus Indonesien und Timor-Leste; diese werden darüber hinaus mit Politiker*innen, relevanten Organisationen, Medienvertreter*innen und einer interessierten Öffentlichkeit in Kontakt gebracht;
- ▶ Aktive Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen als Referent*innen oder Gesprächspartner*innen;

- Fachlicher Austausch mit NROs aus Indonesien und Timor-Leste durch Mitarbeit in deutschen, indonesischen und osttimoresischen sowie internationalen Netzwerken; Beteiligung an gemeinsamen Kampagnen. Initiierung und Koordination gemeinsamer öffentlicher Aktionen und Petitionen.

Zielgruppen

Entwicklungspolitische Fachöffentlichkeit sowie Multiplikatoren und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Timor-Leste interessieren: Presse, politische Stiftungen, entwicklungspolitische Initiativen und Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Hilfswerke, Gemeinden, Universitäten, Schulen und freie Bildungseinrichtungen sowie politische Entscheidungsträger*innen im deutschsprachigen Raum. Darüber hinaus wenden wir uns an vergleichbare Zielgruppen im europäischen und internationalen Raum sowie nicht zuletzt an entsprechende Akteur*innen in Indonesien und Timor-Leste selbst.

Insgesamt haben wir mit unseren Aktivitäten in 2023 ein breites Spektrum der entwicklungspolitischen Fachöffentlichkeit sowie Multiplikatoren und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Timor-Leste interessieren, erreicht. Die rund 78 Anfragen, fachlichen Austauschtreffen in Bündnissen und Arbeitsgruppen sowie die Lobbygespräche bildeten auch 2023 eine wichtige Säule unserer Arbeit. Zu den Gesprächspartner*innen zählten Presse, politische Stiftungen, entwicklungspolitische Organisationen und Menschenrechtsorganisationen, kirchliche Hilfswerke, Gemeinden, Universitäten, Schulen und freie Bildungseinrichtungen sowie politische Entscheidungsträger*innen im deutschsprachigen Raum sowie Einzelpersonen. Mit unseren Projekten, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Veranstaltungsbeiträgen erreichten wir zivilgesellschaftliche Akteur*innen der Handlungsfelder Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit, die Fachöffentlichkeit sowie politische Entscheidungsträger*innen und die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland, Indonesien und im europäischen Ausland.

Mit unseren Partnerorganisationen, Netzwerkpartner*innen sowie menschenrechts- und umweltpolitischen Akteur*innen aus Indonesien standen wir kontinuierlich in engem Austausch.

Personal- und Vereinsentwicklung

Vereinsmitglieder

Watch Indonesia! hatte 2023 eine Mitgliederzahl von 60 Personen unterschiedlichen Geschlechts, Alters und sozialer oder geografischer Herkunft. Neben den Vorstandsmitgliedern, beteiligten sich im Jahresdurchschnitt etwa zwei Mitglieder mit ehrenamtlichem Engagement aktiv am Vereinsleben.

Personal

Die Personalsituation veränderte sich im Berichtsjahr leicht. Nach dem Abschluss des Projekts „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“ sorgte Khai Phung für den reibungslosen Start des Folgeprojekts „Urbane Transformation sozial und global gerecht gestalten: Zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen für klimaneutrale Städte am Beispiel Indonesiens“ (Laufzeit 01.01.2023 - 31.12.2024). Darüber hinaus fungierte er zwischen Februar und Mai als Büroassistent auf Mini-Job-Basis. Ab Februar 2023 übernahm Janty Jie die Projektleitung sowie die Koordination der SaveKendeng Kampagne.

Die Personalbesetzung im Überblick

- ◆ Christine Holike (76,92% RAZ in Anlehnung an TVöD Bund 13, Stufe I), Arbeitsschwerpunkte: Demokratisierung, Menschenrechte, Religion, Rechtsstaatlichkeit, Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, Straflosigkeit, Außen- und Entwicklungspolitik, Timor-Leste sowie Geschäftsführungs- und Verwaltungsteilaufgaben.
- ◆ Khai Patrick Phung (48.75% RAZ in Anlehnung an Tarif TVöD Bund 12, Stufe I) bis 31.1.2023, Arbeitsschwerpunkte: Umwelt, Klima, Landrechte, Verwaltungsaufgaben.
- ◆ Khai Patrick Phung, 01.02.2023 – 31.05.2023, Minijob Büroassistentz
- ◆ Janty Jie, seit 01.02.2023 (51,28% RAZ in Anlehnung an Tarif TVöD Bund 12, Stufe I), Arbeitsschwerpunkte* Umwelt, Klima, Landrechte.
- ◆ Leona Pröpper (75% RAZ in Anlehnung an TVöD 11, Stufe II), Eine-Welt-Promotorin für Menschenrechte in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit.

Zwei externe Honorarkräfte wirkten an der Umsetzung der Teilprojekte Online-Artikelserie „Wahlen 2024“ und Filmtour „Eksil“ mit.

Ehrenamt

Durch ehrenamtliche Arbeit haben die Vorstandsmitglieder Pipit Kartawidjaja, Schwerpunkte Verwaltungsreform, Parteien- und Wahlgesetzgebung, sowie Basilisa Dengen mit den Schwerpunkten Transitional Justice und Straflosigkeit wesentlich zur inhaltlichen Arbeit beigetragen. Kartika Manurung unterstützte die Umsetzung der Online Artikelserie „Wahlen 2024“ maßgeblich.

Bis einschließlich Juli 2023 unterstützte Robert Priyanto Mangundap die Buchhaltung. Zur pauschalen Abgeltung der Tätigkeit erhielt der Ehrenamtliche vom Verein eine Aufwandsentschädigung von 385,00 für das Jahr bzw. 55,00 Euro pro Monat.

Etliche weitere Personen haben sich über das Jahr hinweg punktuell ehrenamtlich für den Verein eingesetzt. Sie leisteten u.a. Hilfestellung bei praktischen und organisatorischen Aufgaben, unterstützten die Erstellung des regelmäßig erscheinenden Newsletters oder bereicherten die Vereinsarbeit mit kreativen Ideen oder Beiträgen und wertvollen Fachinformationen. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank!

Vorstand

Die Jahresmitgliederversammlung wurde ordnungsgemäß und fristgerecht einberufen. Der Jahresbericht sowie der Jahresabschluss und Kassenbericht für das Finanzjahr 2023 wurden fristgemäß mit der Einladung an die Mitglieder versandt und lagen zur Ansicht für die in Präsenz Teilnehmenden aus. Die Versammlung fand hybrid statt. Aus verfahrensrechtlichen Gründen durften die online teilnehmenden Mitglieder nicht abstimmen. Um den Online-Zugeschalteten dennoch ein hohes Maß an Beteiligung an den Entscheidungen zu ermöglichen, wurden Diskussionen und Konsensbildung so viel Zeit wie nötig eingeräumt.

Der Vorstand von Watch Indonesia! e.V. bestand seit 17.12.2022 aus:

Asep Ruhyat,

Basilisa Dengen,

I Ketut Santrawan,

Kartika Manurung,

Nedim Sulejmanović,

Oliver Pye,

Pipit Kartawidjaja.

Auf der Hauptversammlung vom 02.12.2023 trat Nedim Sulejmanović nicht zur Wiederwahl an. Die bisherigen anderen Vorstandsmitglieder erklärten sich bereit wieder als Vorstände zu fungieren. Gewählt und im Vereinsregister aktualisierte Vorstände sind nunmehr:

Asep Ruhyat,

Basilisa Dengen,

I Ketut Santrawan,

Kartika Manurung,

Oliver Pye,

Pipit Kartawidjaja.

Finanzen

Watch Indonesia! e.V. ist als gemeinnützig anerkannt und finanziert sich satzungsgemäß aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die Aufwendungen für sozialversicherungspflichtig angestellte Mitarbeiter*innen, Büromiete sowie andere laufende Kosten werden mit Zuwendungen durch Dritte abgedeckt. Dabei kommen institutionelle und Projektfinanzierung zum Einsatz. Institutionelle Förderung erhält Watch Indonesia! e.V. von Misereor und der Evangelischen Kirche im Rheinland, wobei Misereor eine mit Beginn 2023 eine zweijährige Förderperiode (2023 und 2024) abdeckt. Auch 2023 trugen Mittel aus Kleinprojekten zum großen Teil zur Finanzierung. Wichtige Partner*innen der Projektfinanzierung waren 2023 Engagement Global (Förderschienen Aktionsgruppenprogramm - agp und das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB), Brot für die Welt Inlandsförderung und Auslandsförderung sowie und die Stiftung Umverteilen, die Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ), Stiftung Nord-Süd-Brücken sowie die Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das Finanzjahr 2023 begann mit einem Saldo von 19.455,62€ und schloss mit 13.562,96€.

Der Verein erhielt 2023 Beitragszahlungen von 38 Mitgliedern. Von 26 Mitgliedern stehen die Beiträge am Jahresende 2023 aus. Grund hierfür ist Säumnis.

Die Mitgliedsbeiträge und Spenden machen mit 4.463,41€ im Vergleich zur Summe der Fördermittel einen kleinen, dennoch wichtigen Teil der Einnahmen aus, weil wir viele der Zuschüsse im Bereich Kleinprojekte nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten.

Mittelverwendung & Projektausgaben

Die Gesamteinnahmen für das Jahr 2023 betragen 145.932,47 €. Die Ausgaben beliefen sich auf

135.832,82. Das Jahresergebnis weist somit einen Überschuss von 10.099,65 € auf. Abzüglich von im Folgejahr (2024) zu leistenden Verbindlichkeiten ergibt sich im Jahr 2023 ein Überschuss von 407,74€.

Fördergelder, Spenden, Mitgliedsbeiträge	141.962,26
Sonstige neutrale Einnahmen (Erstattungen AAG)	3.970,21
Projektausgaben (inkl. Verbindlichkeiten)	-145.524,70
Ergebnis	407,74

Einnahmen

Mitgliedsbeiträge	1.805,00 €
Spenden	2.658,41 €
Zuwendungen	141.962,26 €
davon institutionelle Förderung	52.500,00 €
davon Projektförderung	89.462,26 €
Sonstige steuerfreie Umsätze	3.989,40 €
Sonstige Erträge (Zinsen)	0,81 €

Summe der Einnahmen **145.932,47 €**

Ausgaben

Personalausgaben	101.259,90 €
Fremdleistungen	12.305,00 €
Raumkosten	11.079,36 €
Versicherungen und Beiträge	963,29 €
Werbe- und Reisekosten	5.035,60 €
Instandhaltung	-
Sonstige Kosten (z.B. Büromaterialien, Raummieten)	5.189,67 €

Summe der Ausgaben **135.832,82**

Der sich damit ergebende Jahresüberschuss in Höhe von 10.099,65€ entsteht aus Verbindlichkeiten für 2023, die 2024 beglichen werden. In der Summe der o.a. Ausgaben sind in 2024 getätigte Ausgaben für Projektkosten aus 2023 daher nicht enthalten.

Eine detaillierte Gesamtaufstellung der Einnahmen und Ausgaben liefert der von Benggüсах Büro und Buchführungshilfe erstellte Jahresabschluss und Kassenbericht sowie der Buchprüfungsbericht von Advisor Berlin Steuerberatungsgesellschaft mbH.

Vernetzung

Watch Indonesia! ist aktives Mitglied in einer Reihe formeller und informeller Netzwerke.

Dazu gehört das Westpapua Netzwerk (WPN) mit dem sich die Zusammenarbeit und der Austausch 2023 bewährte. Neben dem regelmäßigen informellen Austausch über die aktuelle Lage in Westpapua und die (regierungs-)politischen Rahmenbedingungen, wirken wir daran mit dem Konflikt und der Menschenrechtssituation in Papua zu mehr politischer Aufmerksamkeit zu verschaffen. Seit September 2022 stellen wir erneut eine Vertreter*in für den Beirat des West-Papua Netzwerk.

Watch Indonesia! ist ferner aktives Mitglied der Internationalen Advocacy Netzwerke (IAN). Das Bündnis Internationale Advocacy Netzwerke (IAN) engagiert sich mit Lobby- und Informationsarbeit für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Ferner stellt

das Bündnis in regelmäßig erscheinenden und von Lobbyveranstaltungen flankierten Dossiers und Briefings Ländersituationen vor und gibt Handlungsempfehlungen. Wir beteiligen uns aktiv an den über das Jahr verteilten Konzept- und Koordinierungs- und Vorbereitungstreffen, tragen mit Artikeln und unserer Expertise zu den Dossiers und Lobbyveranstaltungen bei.

Die Zusammenarbeit mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. (BER) / Eine Welt Stadt Berlin, in dem Watch Indonesia! Mitglied ist, hat sich 2023 weiter verstetigt. In diesem Zusammenhang wirken wir daran mit, Menschenrechte in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und globale Gerechtigkeit auch auf der landespolitischen Ebene zu stärken. Wir bringen die Perspektiven unserer Kolleg*innen in und aus Indonesien ein und entwickeln auf der Landesebene wirkende Strategien, mit der wir die Aufmerksamkeit für Menschenrechts- und umweltpolitische Fragestellungen in Indonesien erhöhen können.

Die Vielfalt der im Berlin Global Village ansässigen Initiativen ermöglicht und zeitigt sinnvolle Synergien, Vernetzungen und Kooperationen. Insbesondere in den Bereichen Klimagerechtigkeit und globale Gerechtigkeit sowie Erinnerungskulturen entstanden auch 2023 fruchtbare Kooperationen. Organisationsübergreifende fachliche Austausche z.B. zu Intersektionalität und Dekolonialisierung bereichern unsere Arbeit. Die starke Beziehung des Berlin Global Village zur Berliner landespolitischen Ebene eröffnet Watch Indonesia! darüber hinaus wichtige Zugänge zu lokalen Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung.

Gemeinsam mit Orang Utans in Not e.V. gehört Watch Indonesia! zu den Trägerorganisationen des Aktionsbündnisses »Regenwald statt Palmöl«, dessen Aktivitäten unter <http://www.regenwald-statt-palmoel.de/de> verfolgt werden können. Das 2017 von Watch Indonesia! initiierte Bündnis verschiedener Umwelt- und Entwicklungsorganisationen mit Schwerpunkt »Agrotreibstoffe« arbeitet in lockerer Zusammensetzung weiter zusammen.

Das transnationale Solidaritätsnetzwerk Save Kendeng wurde durch Watch Indonesia! mitbegründet. Seither, so auch im Berichtsjahr, unterstützen wir mit einer Gruppe von Ehrenamtlichen von Deutschland aus die Menschen am Fuße des Kendeng-Karstgebirges bei ihrem Kampf gegen die Zementindustrie. Das indonesische Tochterunternehmen PT Indocement der deutschen HeidelbergCement AG, die seit Jahresmitte unter dem Namen Heidelberg Materials AG firmiert, hält am Bau einer Zementfabrik und dem Rohstoffabbau im Karstgebirge des Landkreises Pati, Zentraljava fest. Das Kendeng-Gebirge ist ein Karst mit Höhlen und unterirdischen Wasserläufen. Es versorgt Tausende von Menschen, Tieren und Pflanzen mit Wasser, Nahrung und sauberer Luft. Seine Wälder haben in dem besiedelten Gebiet hohe Bedeutung für Ökologie und Klima. Unsere Aufgabe im Save Kendeng Netzwerk ist es, Druck hier vor Ort auf den deutschen Mutterkonzern zu machen und HeidelbergCement AG / Heidelberg Materials an seine Sorgfaltspflichten und Verantwortungen für das indonesische Tochterunternehmen zu erinnern.

Die Arbeit im von Watch Indonesia! mitbegründeten End Cement-Bündnis¹² wurde 2023 ebenfalls weitergeführt. Mitglieder des Bündnisses sind neben Fridays for Future Heidelberg und den Architects for Future auch Greenpeace Heidelberg-Mannheim, das Klimakollektiv Heidelberg, Extinction Rebellion und Wurzeln im Beton. Das Bündnis wendet sich direkt an die HeidelbergCement AG / Heidelberg Materials und fordert sofortigen Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten. Im Rahmen von End Cement und in Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre klärten wir mit gemeinsamen Aktionen und Pressearbeit über die Klimafolgen der Zementproduktion und

12 Ehem. cemEnd. Das Bündnis wurde Ende 2022 in End Cement umbenannt.

HeidelbergCement / Heidelberg Materials als einen der größten Klimakiller auf. Dazu sorgten wir für eine kritische Begleitung der Hauptversammlung der HeidelbergCement AG / Heidelberg Materials.

Ein wichtiges Bindeglied zu Netzwerken und Initiativen in Indonesien ist unser langjähriges Vorstandsmitglied Pipit Kartawidjaja. Er schöpft aus seiner Erfahrung als Verwaltungsangestellter des Landes Brandenburg und seinen Kontakten zu politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Indonesien, darunter zahlreiche Entscheidungsträger*innen. Kaum jemand wird in Indonesien gleichermaßen als Vertreter aus dem Nicht-Regierungslager wie gleichermaßen als Fachexperte für Wahlgesetzgebung und Verwaltungsreform anerkannt wie er. Neben seiner Funktion als Vorstandsmitglied von Watch Indonesia! war Pipit Kartawidjaja maßgeblich an der Gründung der indonesischen NGO namens Sindikasi Pemilu dan Demokrasi (SPD) beteiligt, in deren Beirat er tätig ist. Gleichermäßen ist aber auch die indonesische Regierung an seinem Fachwissen interessiert, für die er als Berater fungiert.

Die inhaltliche Zusammenarbeit mit Misereor, Brot für die Welt und anderen Hilfswerken sowie politischen Stiftungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie AK Indonesien, Amnesty International, Peace Brigades International oder der Stiftung Asienhaus erfuhr 2023 weitere Stärkung. Ein Indonesien-Austauschforum bestehend aus Vertreter*innen von Hilfswerken und Initiativen, kommt in lockeren Abständen zusammen und hält sich über aktuelle Themen auf dem Laufenden.

Auf internationaler Eben besteht Austausch und aktive Zusammenarbeit mit den Organisationen Human Rights Watch Indonesia, Forum Indonesia, Imparsial, KontraS, Tapol (UK), International People's Tribunal 1965 (Niederlande), Watch65 (Niederlande), AJAR (Indonesien), Amnesty International (UK, Deutschland, Indonesien), Sawit Watch (Indonesien) und Walhi (Indonesien). Die länderübergreifende Zusammenarbeit nicht nur fortzusetzen, sondern auch weiter auszubauen und zu intensivieren blieb auch 2023 unser Ziel.

Arbeitsweise

Menschenrechte, Demokratie und Umwelt, die drei Themenfelder, denen sich Watch Indonesia! widmet, betrachten wir als miteinander in Beziehung stehend. Watch Indonesia! verfolgt daher einen integrativen Ansatz, der diese drei Felder nicht nur auf der analytischen, sondern auch auf der praktisch-inhaltlichen Ebene miteinander in Verbindung setzt.

Auf einen Blick: Aktivitäten in 2023

In Anbetracht der zahlreichen Herausforderungen in Punkto Menschenrechte und Demokratie wie auch Klima- und Umweltgerechtigkeit und -schutz bauten wir die Projekt-, Kampagnen- und Lobbyarbeit aus.

An der Schnittstelle Menschenrechte und Umwelt standen die Themen Urbane Transformation, Unternehmensverantwortung in der Zementherstellung mit ihrem Herzstück der Save Kendeng-Kampagne sowie die Gefährdung von Menschenrechten im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten und Rohstoffgewinnung und -verarbeitung im Fokus. Im Januar starteten wir das Projekt „Urbane Transformation sozial und global gerecht gestalten: Zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen für klimaneutrale Städte am Beispiel Indonesiens“. Es knüpft an die Erkenntnisse und Kompetenznetzwerke des Ende 2022 abgeschlossenen Projekts „Urbane Transformation in Indonesien und Deutschland – Herausforderungen erkennen, Chancen nutzen“ an. Diesmal allerdings ruht der Fokus ausschließlich auf Indonesien und es ist darauf angelegt zivilgesellschaftliche

Perspektiven und Handlungsansätze mit besonderem Blick auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu stärken.

An der Schnittstellen zum „Urbane Transformation“ und dem Arbeitsbereich Menschenrechte und Demokratie, trug die Eine-Welt-Promotor*in auch 2023 zivilgesellschaftlichen (Lösungs-)Ansätze und unterrepräsentierte Menschenrechtsthemen wieder auf die landespolitische Bühne. Ihr zweites Jahr stand ganz im Zeichen der Informations- und Bildungsarbeit über in Indonesien prävalente menschenrechtliche Problemstellungen im Zusammenhang mit Rohstoffabbau und -verarbeitung. Ein wichtiges Outcome ihrer Arbeit ist ein [Factsheet](#) zu den Hintergründen und Auswirkungen von Nickelabbau und -verarbeitung.

Transitional Justice und die Wahlen 2024 bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Mitte Juni begann das mit Asia Justice and Rights (AJAR) entwickelte Projekt zur Stärkung junger Menschenrechtsverteidiger*innen im Bereich Transitional Justice und Erinnerungskulturen. Im Herbst starteten wir im Verbund mit dem Westpapua-Netzwerk und der Stiftung Asienhaus das Veranstaltungsformat #TalkAboutPapua. Mit ihm möchten wir die Aufmerksamkeit für die dortige Menschenrechtssituation erhöhen. In einer Online-Artikelserie im Vorfeld der Wahlen teilen vorwiegend indonesischen Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen ihre Einschätzungen zum Zustand der Demokratie und der Menschenrechten in Indonesien. Mit der Deutschland-Tour von Lola Amarias Dokumentarfilm „Eksil“ und einer Veranstaltung zum Buch „Die Jakarta-Methode“ gelang es, zahlreiche Menschen über schwere Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit sowie ihre Beziehung zur gegenwärtigen Menschenrechtssituation zu informieren und miteinander in den Austausch zu bringen.

Neben den im Rahmen von Projekten oder übergreifend durchgeführten Veranstaltungen und Veröffentlichungen versenden wir regelmäßig zielgruppenspezifische und themenzentrierte Newsletter mit aktuellen politischen Analysen und Nachrichten zu Indonesien und Timor-Leste. Aktuelle Informationen aus unserer Arbeit, der unserer Partnerorganisationen und über politische Ereignisse teilen wir zudem über Facebook. Unsere Aktivitäten auf Twitter haben wir aus politischer Überzeugung bis auf weiteres eingestellt.

Die Lobbyarbeit nahm 2023 einen höheren Stellenwert ein als im Vorjahr. Angesichts der globalen politischen Veränderungen und der weiteren Verengung des Handlungsspielraums für Menschenrechts- und Umweltverteidiger*innen, spielten die Netzwerkarbeit sowie die Advocacyarbeit eine wichtige Rolle.

Als eine der Trägerorganisationen hat Watch Indonesia! am End Cement-Bündnis mitgewirkt und die [Save Kendeng-Kampagne](#) weitergeführt. Die kritische Begleitung der Aktionärsversammlung von Heidelberg Materials war selbstverständlich wieder Bestandteil unserer Bemühungen. Im Rahmen der Mitarbeit bei Internationale Advocacy Netzwerke (IAN) stand beim diesjährigen Fachgespräch mit Parlamentarier*innen die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aufgelegte Strategie der feministischen Entwicklungspolitik im Fokus. Entlang eines gemeinsamen Diskussionspapiers sprachen wir über Erwartungen an diesen Ansatz.

THEMA: Umwelt & Menschenrechte

Neben dem Projekt „Urbane Transformation“ und der damit verbundenen Informations- und Bildungsarbeit blieb die Zementindustrie ein Kernthema unserer Arbeit. Dabei nahm die Save Kendeng-Kampagne weiterhin einen wichtigen Stellenwert ein. Gleichzeitig blieb das Thema „grüne Infrastruktur“ im Fokus.

PROJEKT:

Urbane Transformation sozial und global gerecht gestalten



Im Januar 2023 starteten wir mit dem Projekt „Urbane Transformation sozial und global gerecht gestalten: Zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen für klimaneutrale Städte am Beispiel Indonesiens“. Aufbauend auf den Erkenntnissen des Vorgängerprojekts zu urbaner Transformation in Indonesien und Deutschland adressiert es die darin als zentral identifizierten Herausforderungen für Städte und Stadtbewohner*innen (Bedrohung durch Risiken des Klimawandels, Durchbrechen planetarischer Leitplanken, Umgang mit Ressourcen, städtische Armut und mangelnde Partizipation). Im laufenden Projekt ruht der Fokus jedoch ausschließlich auf Indonesien. Dabei stehen für uns die zivilgesellschaftlichen Perspektiven im Mittelpunkt – vorrangig diejenigen, die sich für eine gerechte und nachhaltige Stadt stark machen.

Mit der Urbanisierung und den Auswirkungen der Klimakrise treffen in Indonesien zwei komplexe Herausforderungen aufeinander, die das Land und seine (Stadt-)Gesellschaft(en) in zunehmender Weise dramatisch beeinflussen sowie Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen künftig zuspitzen. Schon heute sind Indonesiens Stadtbewohner*innen, insb. marginalisierte Bevölkerungsgruppen auf vielschichtige Weise negativ von Auswirkungen der Urbanisierung und der Klimakrise betroffen und auf multidimensionale Weise von Entscheidungs- und Planungsprozessen ausgeschlossen. Besondere Herausforderungen für eine sozial und global gerechte Transformation urbaner Zentren in Indonesien liegen im Bereich der Entwicklung klimaneutraler, nachhaltiger und resilienter Infrastrukturen. Wie Städte heute geplant werden und in welche Infrastruktur investiert wird, wird aber langfristig darüber entscheiden, wie ökologisch nachhaltig und sozial gerecht, und nicht zuletzt, wie gewappnet Städte für die drohende Klimakrise sein werden. In den Städten und Stadtgesellschaften selbst liegen wichtige Schlüssel für die Bewältigung.

Mit dem Projekt möchten wir zu einer fairen und nachhaltigen sozial-ökologischen Transformation beitragen. Gleichsam zielt es darauf ab, zivilgesellschaftlich informierte Lösungsansätze, Handlungsoptionen und *Good Practice* Beispiele in den Vordergrund zu rücken, indem es transnationalen Austausch und den Dialog aus unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen fördert. Dabei nimmt die Armutsperspektive einen besonderen Stellenwert ein. Die Arbeiten des ersten Jahres stellen eine gute Basis für das zweite Projektjahr (2024) dar.

Das Projekt erhielt 2023 Förderung von FEB (Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung) Misereor, Brot für die Welt sowie der Stiftung Umverteilen und der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit.

Veranstaltungen

Fachgespräch: Ökologische Stadtentwicklung in Indonesien: Zivilgesellschaftliche Perspektiven und Maßnahmen

06. November

Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Initiativen und Wissenschaftler*innen kamen zusammen und diskutierten über den gegenwärtigen Zustand der Stadtentwicklung in Indonesien und Ansätze wie die Gestaltung von klima-neutralen Städten global und sozial gerecht gelingen kann. Einigkeit bestand darin, dass eine sorgsam gesteuerte Urbanisierung die Lebensqualität vieler Menschen verbessern und einen Weg aus der Armut ebnen kann, ohne dass es dabei zur Ausbeutung der Natur und ökologischen Schäden kommt. Notwendig ist hierfür jedoch ein Paradigmenwechsel. Stadtentwicklung muss partizipativer und inklusiver vonstatten gehen. Bottom-up-Ansätze und Gemeinwohlorientierung müssen gestärkt werden. Kontinuierlich aktiv zu bleiben und sich auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu vernetzen und Allianzen zu bilden, sind dabei der Schlüssel zum Erfolg.



Planungsansicht "Kampung Aquarium in Jakarta. Sozial inklusiv, gesicherter Zugang Trinkwasser und Meer, bezahlbar, grün. ©Rujak

Teilgenommen haben: Anton Novenanto vom Eutenika Research Center in Malang, Elisa Sutanudjaja, Rujak Center for Urban Studies, Eka Handriana von Amerta Air Indonesia, Guntoro vom Urban Poor Consortium Jakarta, Sigit Karyadi Budiono von der Koalisi Rakyat untuk Hak atas Air, Prathiwi Putri von der Universität Kassel, Kartika Manurung von der Universität Bonn.

Podiumsdiskussion: Ökologische Stadtentwicklung – Der Weg zu sozial gerechten und klimaneutralen Städten am Beispiel Indonesiens

13. November

Die Veranstaltung machte die Ergebnisse des Fachgesprächs für einen größeren Kreis zugänglich und bot die Möglichkeit des transnationalen Austauschs.

Ob bezahlbarer Wohnraum, soziale Ungleichheit, Luftverschmutzung, verstopfte Straßen, und die Folgen des Klimawandels – die rapide Urbanisierung stellt weltweit eine Herausforderung dar. Doch richtig gestaltet birgt die Urbanisierung auch Chancen für eine bessere Lebensqualität und einen Ausweg aus der Armut. Wie Städte sowohl nachhaltig als auch sozial gerecht gestaltet werden können und welche erfolgversprechenden Ansätze hierzu bereits existieren war Thema dieser Veranstaltung. Expert*innen aus Indonesien und Deutschland gaben einen Einblick in die Folgen der Urbanisierung und stellten Beispiele und Lösungen für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung vor.



V.l.n.r . Hans-Ulrich Fuhrke, Anastasia Blinzoz, Johannes Rupp, Elisa Sutanudjaja

Es diskutierten Almuth Schaubert, Misereor, Elisa Sutanudjaja, Rujak Center for Urban Studies, Johannes Rupp, Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, Hans-Ulrich Fuhrke, Architekt und Stadtplaner. Moderation: Anastasia Blinzoz, Rosa Luxemburg Stiftung.

Expert*innengespräche

Rückgrat der Veranstaltungen und der für 2024 geplanten Ausstellung, stellten die in der ersten Jahreshälfte geführten Fachgespräche mit Expert*innen aus und in Indonesien dar. Ein breites Spektrum an zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen aus den Arbeitsfeldern, Wasserkrisenmanagement, Kreislaufwirtschaft, städtische Armut, ökologische Bildung, Biodiversität und Ernährungssicherung teilten ihre Analysen und Handlungsansätze mit uns. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit im Rahmen der Ausstellung, die tiefere Einblicke diese Erkenntnisse in gewähren wie auch lokal verankerte nachhaltige Lösungsansätze für eine gerechte urbane Transformation aufzeigen.

Ausführliche Informationen zum Projekt und Veranstaltungsberichte, stehen auf unserer Webseite zum Download bereit.

Save Kendeng-Kampagne

Das Kendeng-Karstgebirge und seine Bewohner*innen in der Region um Pati, Zentraljava sind durch die deutsche HeidelbergCement AG / Heidelberg Materials bedroht, ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Ein Tochterunternehmen von HeidelbergCement, die indonesische PT Indocement, plant, eine Zementfabrik zu errichten und Karstgestein abzubauen. Seit beinahe einem Jahrzehnt kämpft die lokale Bevölkerung gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und den Ausverkauf eines wertvollen Ökosystems.



Gemeinsam mit unseren Partner*innen in Indonesien, der JM-PPK und im Rahmen des von uns mit gegründeten End Cement-Bündnis sorgten wir für die kritische Begleitung der jährlichen Aktionärsversammlung der HeidelbergCement AG / Heidelberg Materials. Diese fand am 11.05.2023 statt. Hierin hatten wir erneut die Möglichkeit am Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre mitzuwirken. Dieser zielte abermals auf die Nicht-Entlastung des Vorstands durch die Aktionär*innen ab. Ebenfalls mit der Unterstützung des Dachverbands war es unserer Mitarbeiterin Janty Jie möglich, sich mit einer mit der betroffenen Gruppe in Indonesien abgestimmten Rede direkt an den Vorstand von HeidelbergCement / Heidelberg Materials zu wenden sowie Fragen an diesen zu richten. In der Rede kritisierte Watch Indonesia! die Richtlinien für die Unternehmensstrategie zu den Themen Umwelt, Soziales und Good Governance und forderte den Vorstand und den Aufsichtsrat dazu auf, das Projekt in Pati zu stoppen.

Dabei begleiteten mehrere Gruppen und Organisationen die Aktionärsversammlung mit Protestaktionen und Öffentlichkeitsarbeit. Die gemeinsame Pressemitteilung kritisiert die schlechte Klimabilanz von HeidelbergCement / Heidelberg Materials und macht auf Umweltrisiken sowie Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen im Zuge der Unternehmensaktivitäten aufmerksam. Mit dabei waren Watch Indonesia!, Fridays for Future Heidelberg, die die Aktionen maßgeblich mittragen, der Dachverband Kritische Aktionäre, Pax Christi, Western Sahara Resource Watch Germany. Gemeinsam brachten wir den ihren Protest gegen die menschenrechts- und umweltgefährdenden Geschäftspraktiken von Heidelberg Cement / Heidelberg Materials auf die Straße.

Die im Rahmen der Save Kendeng-Kampagne entstandene und 2021 online gestellte Posterausstellung „[Klimakiller Zement](#)“ steht weiter zur Nutzung bereit und erfreut sich regem Zuspruch.

Green Infrastructure Initiative

Die von der Vorgängerregierung im Jahr 2010 beschlossene und ab 2021 begonnene Deutsch-Indonesische Initiative zum Ausbau der Grünen Infrastruktur (GII) soll bis 2025 bis zu 2,5 Milliarden Euro überwiegend als Darlehen für klima- und umweltrelevante Infrastruktur in städtischen Räumen mobilisieren. Sie zielt auf den Ausbau nachhaltiger Mobilität sowie auf Abfall-, Wasser- und Abwassermanagement. Gemeinsam mit Misereor haben wir bereits 2022 ein Briefing verfasst, das Forderungen für einen sozial gerechten, inklusiven wie auch transparenten Ausbau grüner Infrastruktur aufzeigt und auf bestehende Hürden in der indonesischen Innenpolitik hinweist. Gleichsam machen wir auf menschenrechtliche Leerstellen in der GI-Initiative aufmerksam. So dringen wir darauf, einen expliziten Fokus auf arme und vulnerable Bevölkerungsgruppen zu legen. Ferner verlangen wir, das Thema Dekarbonisierung der Stromerzeugung miteinzubeziehen und in jedem Stadium eines Projekts, soziale Gerechtigkeit, zu priorisieren – angefangen bei den Auswirkungen der Standortwahl und/oder der Ressourcengewinnung auf die betroffene Bevölkerung bis zu dem sich aus den Infrastrukturen abgeleiteten Nutzen.

Das Papier diente 2023 weiterhin als wichtige Diskussionsgrundlage für fachrelevante Vernetzungstreffen mit Partner*innen in Indonesien und Lobbygespräche.

THEMA: Straflosigkeit & Transitional Justice

Diskussionsveranstaltung: Antikommunismus und Massenmord in Indonesien 1965/1966 als Blaupause

29. März



Kooperation ist.

Die Veranstaltung wurde durchgeführt in Kooperation mit Brasilien Initiative Berlin (BIB), FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V., dem International People's Tribunal 1965, der Buchhandlung Schwarze Risse, dem PapyRossa Verlag. Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die ideelle und finanzielle Förderung.

Es diskutierten Vincent Bevins, Südostasien-Korrespondent für die Washington Post, Sri Tunruang, Mitbegründerin des International People's Tribunal 1965, Luiz Ramalho, Brasilianischer Soziologe, Brasilieninitiative Berlin, Moderation: Christine Holike, Watch Indonesia! e.V..

Filmtour „Eksil“ von und mit Lola Amaria

12. - 22. Oktober

12.10.23 Köln - 13.10.23 Bonn - 16.10.23 Leipzig - 17.10.23 Berlin - 18.10.23 Berlin - 19.10.23 Hamburg - 21.10. Frankfurt - 22.10.23 Bremen



Im Oktober war die Regisseurin und Schauspielerin Lola Amaria zu Gast in Deutschland. Bekannt wurde sie für *Minggu Pagi di Victoria Park* (2010), *Lima* (2018) und *Betina* (2006). *Eksil* ist ihr Debut als Dokumentarfilmerin.

[Eksil](#) erzählt die Geschichten indonesischer Exilant*innen, die aufgrund der antikommunistischen Massaker 1965/1966 und vom nachfolgenden autoritären Regime unter Suharto ins Exil verbannt wurden. Sie konnten nicht in ihre Heimat zurückkehren und lebten jahrelang in verschiedenen europäischen Ländern. Der Film beleuchtet ihre tragischen Schicksale, ihre Suche nach nationaler Identität und Heimat und die Bewältigung eines tiefen Traumas.

Im Anschluss an jede Vorstellung gab es Raum für Fragen und Diskussion.

Die Veranstaltungsreihe erhielt finanzielle Unterstützung von Brot für die Welt und Engagement Global.

Wir danken allen, die Tatkräftig mitgewirkt haben: Asien-Afrika Institut der Universität Hamburg, Babylon Kino Berlin Mitte, bali'ku Restaurant, Bremen, Deutsch-Indonesische Gesellschaft Hamburg, Deutsch-Indonesische Gesellschaft (DIG) Köln, Humboldt Universität zu Berlin, Institut für Asien-Afrika Wissenschaften und der Forschungsgruppe Secularity Islam, and Democracy in Indonesia and Turkey (SIDIT), Institut für Südostasienwissenschaft Universität Bonn, IPT 1965 in Kooperation mit der Melanchthon-Akademie, Merpati e.V. und PERMIF e.V. in Frankfurt, Stiftung Asienhaus, Wagenplatz Karl Helga, Leipzig.

THEMA: Menschenrechte

Veranstaltungsformat

#TalkAboutPapua

Gemeinsam mit dem Westpapua-Netzwerk und der Stiftung Asienhaus starteten wir im September das neue Veranstaltungsformat [#TalkAboutPapua](#).

Die Veranstaltungsreihe findet in Präsenz oder online statt. Im Mittelpunkt steht (zumeist) das Gespräch, der #TalkAboutPapua. Zu diesem laden wir Gäste ein, mit denen wir über eine Vielfalt an Themen über, zu und um Westpapua diskutieren – Menschenrechte, Gesundheit, Kultur, Umwelt, Religion oder gesellschaftliche Themen.

11. September, Berlin

Zum Auftakt der Reihe hatten wir den Menschenrechtsverteidiger Andreas Harsono von Human Rights Watch Indonesia nach Berlin eingeladen. Unter dem Veranstaltungstitel „[Indonesia's new Criminal Code – Impacts on Conflict and Conflict Resolution in Papua](#)“ berichtete er in der



Abendveranstaltung über die Folgen von Indonesiens neuem Strafgesetzbuch für Westpapua. Christine Holike (Watch Indonesia! e.V.) stellte die Reihe vor, führte in das Thema ein und moderierte den angeregten Austausch im Anschluss.

7. Oktober, Köln

In Kooperation mit dem Allerweltskino zeigten wir den Film „[Tonotwiyat](#)“ (Frauenwald). Der Film begleitete mehrere Frauen aus dem Dorf Enggros, in der Bucht von Jayapura, in ihrem Alltag. Der Wald ist ihnen Zuhause und wichtige Quelle für ihren Lebensunterhalt. Doch Abholzung und Plastikmüll gefährden seinen Bestand. Barbara Hillebrand (Westpapua-Netzwerk) und Raphael Göpel (Stiftung Asienhaus) führten in das Thema ein und standen in der anschließenden Diskussion für Fragen zur Situation in Westpapua, die Rolle der indigenen Papuas und dem Frauenwald zur Verfügung.



Fachaustausch

13. September

In Kooperation mit Human Rights Watch Deutschland luden wir in Kooperation mit der Stiftung Asienhaus und dem Westpapua-Netzwerk Stiftungen, Hilfswerke und entwicklungspolitische Organisationen zu einem Austausch mit Andreas Harsono ein. Themen waren die Hintergründe islamisch inspirierter restriktiver Bekleidungsverordnungen und deren Auswirkungen auf Frauen, die 2024 anstehenden Wahlen sowie die Situation in Westpapua. Der Einladung folgten Vertreter*innen von Brot für die Welt, Misereor, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Rettet den Regenwald.

Veranstaltungen

Diskussion mit Lian Gogali: Women as Peacemakers – Strengthening Indonesia's Democracy

09. Mai

Als Reaktion auf die negativen Auswirkungen der gewaltsamen sektiererischen Konflikte in Poso von 1998 insbesondere auf Frauen, gründete Lian Gogali 2008 das Institut Mosintuwu. Die Arbeit des Instituts Mosintuwu begann mit der Stärkung von Frauen als change agents im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt. Bergbau, Palmölanbau und Staudammprojekte sind die aktuellen Herausforderungen, denen sich das Institut Mosintuwu mit seiner emanzipatorischen Arbeit mit Frauen widmet. Studierenden und andere Interessierten bot sich die Möglichkeit, mehr über die aktuelle Menschenrechtssituation von Frauen auf der Insel Sulawesi zu erfahren und die transformative Arbeit des Instituts kennenzulernen.

Einführung: Saskia Schäfer (SIDIT); Moderation: Christine Holike

Eine gemeinsame Veranstaltung von Watch Indonesia! e.V. und der Freigeist Forschungsgruppe „Secularity, Islam, and Democracy in Indonesia and Turkey“ an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Buchvorstellung und Gespräch mit Soe Tjen Marching: *Shadows of 1965*

15. Mai



Ausgangspunkt der Diskussionsveranstaltung waren die kürzlich von der Autorin Soe Tjen Marching veröffentlichten Bücher „Yang Tak Kunjung Padam“ und „Tiga Kitab“. „Yang Tak Kunjung Padam“ befasst sich mit politischen Exilanten, deren Pässe von Suharto nach dem Massenmord von 1965 konfisziert wurden, während „Tiga Kitab“ eine Sammlung von Gedichten enthält, die den Massenmord von 1965 mit anderen Völkermorden sowie mit alttestamentarischen Schriften in Beziehung setzt.

Soe Tjen Marching ist Senior Lecturer in der Abteilung für Sprachen und Kulturen an der SOAS University of London. Sie ist außerdem Komponistin und schreibt Belletristik.

Informationsveranstaltung: Akbar Yumni über *Daerah Hilang* von Bachtiar Siagian – Die verbotenen Szenen und der vergessene Filmemacher

21. August



Bachtiar Siagians sozialkritischen Filme thematisieren Armut, Ungerechtigkeit und Ohnmacht. Bereits unter Sukarnos Präsidentschaft wurden missliebige Szenen herausgeschnitten. Nach dem blutigen Putsch von 1965/66 erfolgte ein Aufführungsverbot. Akbar Yumni, Autor sowie Kulturaktivist und -forscher, begab sich auf die Spuren zu Siagians Film „Daerah yang Hilang“. Den vollständigen Film hat das Publikum

nie zu sehen bekommen, denn rund 30% wurden herausgeschnitten und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Bis heute sind diese Szenen verschollen. Auf der Grundlage akribischer Recherchen hat Akbar Yumni den Film mittels nachgestellter Szenen rekonstruiert.

Vortrag und Diskussion mit Andreas Harsono: *The Rise of Intolerant Islam in Indonesia*

13. September

In den letzten zwanzig Jahren hat Indonesien Hunderte von Menschen aufgrund des Blasphemiegesetzes strafrechtlich verfolgt. Mehr als 60 Hijab-Vorschriften führen zu einer Palette an Sanktionen: Verwarnungen, Ausschluss von Schule oder Arbeitsplatz, Gefängnisstrafen. Das neue Strafgesetzbuch, enthält Artikel, die die Rechte von Frauen, religiösen Minderheiten sowie (LGBTIQ*) verletzen und das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit untergraben.



©Watch Indonesia!

Eine gemeinsame Veranstaltung von Watch Indonesia! e.V. und der Freigeist Forschungsgruppe „Secularity, Islam, and Democracy in Indonesia and Turkey“ an der Humboldt-Universität zu Berlin.

THEMA: Wahlen

Im letzten Quartal veröffentlichten wir die Online-Artikelserie „Wahlen in Indonesien 2024: Analysen & Meinungen“.

Ab Mitte November standen die Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidatenpaare fest. Joko Widodo durfte nach zwei Amtszeiten laut Verfassung nicht erneut kandidieren.



Titelbild Interview m. Khotimun Sutanti.
©Watch Indonesia!

Nicht nur die politische Bilanz der meisten Kandidaten sowie der amtierenden Regierung – insbesondere in Punkto Menschenrechte – sondern auch die Umtriebe im Vorfeld der Kandidatenkür, lassen indonesische Menschenrechtler*innen, Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen mit Sorge in die Zukunft blicken. Wir hatten mit einigen von ihnen gesprochen, sie um ihre Analysen und Einschätzungen gebeten.

Folgende Artikel stehen jeweils in der Originalsprache und der deutschen Übersetzung auf unserer Webseiten zum Download bereit:

- Andreas Harsono: Präsident Jokowi hofft, durch einen Stellvertreter weiterzuregieren
- Fatia Maulidiyanti: Kriminalisierung und Straflosigkeit – ein Dauerthema auch nach den Wahlen 2024
- Max Lane: Immer noch keine echte Opposition in der indonesischen Politik
- Vedi Hadiz: Indonesiens Demokratie im Schatten oligarchischer Interessen
- Khotimun Sutanti: Der Kampf um Frauenrechte und Genderdiversität – zwischen Quotenregelung und Anti-LGBTIQ-Narrativen
- Rita Padawangi: Die Widersprüche zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung in Indonesien

Externe Veranstaltungen

2. März: Parlamentarisches Frühstück: Welchen Beitrag kann eine feministische Entwicklungspolitik zu globaler Geschlechtergerechtigkeit leisten? Beispiele aus 13 Ländern und Handlungsempfehlungen, i.R.v. Internationale Advocacy Netzwerke.

07. März: Fachaustausch Vernetzungstreffen Frauen* in der Berliner (Entwicklungs-)Politik, veranstaltet vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag.

20. April: Kampf um Klimagerechtigkeit: Kendeng und der Widerstand gegen HeidelbergCement. 11. Asientag, der Stiftung Asienhaus: “Gemeinsam durch die Klimakrise?”, Köln.

29. April: Leipziger Buchmesse, Kurzinput zum Stand der Aufarbeitung der Massaker von 1965/66 im Rahmen der Buchvorstellung „Die Jakarta Methode“ des PapyRossa Verlags.

11. Mai: Rede „Sustainability Commitment jetzt verwirklichen!“, Aktionärsversammlung der Heidelberg Materials AG (ehem. HeidelbergCement AG), Heidelberg.

17. Juni: Vortrag „Imperiale Bauweise - Wer baut die Stadt? Eine internationale Perspektive: HeidelbergCement in Indonesien.“ Konferenz “Bezahlbarer Wohnraum ist möglich!”, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Frankfurt.

13. Juli: Vortrag über "urban activism" mit Fokus auf Menschenrechte und Blick auf Indonesien und Deutschland im Seminar "urban futures" an der Universität Freiburg.

01. September: Infostand beim Sommerfestival des Berlin Global Village.

11. November: Fachaustausch "Die humanitäre und ökologische Krise in Papua und mögliche Lösungsansätze", mit Gäst*innen aus Papua und Peace Brigades International.

20. Dezember: Transnationaler Fachaustausch & Input: Lieferkettengesetz.

PROGRAMM: Eine-Welt-Promotorin

Seit dem 1.1.2022 fungiert Watch Indonesia als einer der Berliner Trägervereine für eine Stelle des Eine Welt-Promotor*innen-Programms. Die Arbeit der Eine-Welt-Promotor*in Leona Pröpper konzentriert sich auf das Thema Menschenrechte in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit. Mit besonderem Fokus auf Maßnahmen im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation bearbeitet sie auf Berliner Landesebene die in Punkto Menschenrechte und globale Gerechtigkeit klaffenden Leerstellen.

An den Schnittstellen zu unserem Projekt „Urbane Transformation“ und dem Arbeitsbereich Menschenrechte und Demokratie, trägt sie zivilgesellschaftlichen (Lösungs-)Perspektiven und unterrepräsentierte Menschenrechtsthemen bezüglich Indonesiens auf die landespolitische Bühne. Übergeordnetes Ziel ihrer Tätigkeit ist, die Perspektiven und Forderungen jener Menschen, die besonders stark von den Folgen der Klimakrise, aber auch von den Auswirkungen von im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation verfolgten Projekte (z.B. durch (Zwangs-)Umsiedlungen, Rohstoffabbau und -verarbeitung) betroffen sind, in die Gestaltung diesbezüglicher Maßnahmen und entwicklungspolitischer Kooperationen einzubinden.

Das zweite Jahr ihrer Tätigkeit stand im Zeichen der Informations- und Bildungsarbeit über in Indonesien prävalente menschenrechtliche Problemstellungen im Zusammenhang mit Rohstoffabbau und -verarbeitung. Angesichts der bereits jetzt in Indonesien beobachtbaren katastrophalen Umweltschäden im Zuge seiner Gewinnung und Verarbeitung, war Nickel – das essenziell für die Realisierung einer auf Elektromobilität setzenden Verkehrswende ist – hier ein wichtiges Themenfeld. Hierfür hat sie ein [Factsheet](#) zu den menschenrechtlichen und ökologischen Folgen des Nickelabbaus in Indonesien verfasst.

In enger Zusammenarbeit mit Kolleg*innen und Partner*innen aus Indonesien brachte die Promotorin zivilgesellschaftliche Analysen und Lösungsvorschläge ins Sichtfeld der im umwelt- und menschenrechtspolitischen Bereich aktiven Berliner Zivilgesellschaft sowie der breiteren Öffentlichkeit. Ziel war dabei auch, die verbreitete Fokussierung auf Probleme und den gängigen Ansatz der Konsumlösung anzureichern. Als ein wichtiges Beispiel hierfür dienten in Bezug auf die indonesische Palmölindustrie verfolgte Just-Transition-Ansätze, bei denen Gewerkschaften, Umweltaktivisten und Indigene gemeinsam in einem transnationalen Netzwerk an einer sozial-ökologischen Transformation arbeiten.

Im September nahm sie an einer Delegationsreise der Berliner Wirtschaftsverwaltung und des Projektes Smart Change unter Leitung der Senatorin Giffey nach Jakarta teil. Das Smart Change-Projekt der Stadtverwaltungen von Berlin, Jakarta und Bangkok, gefördert durch EuropeAid, zielte darauf ab, den Austausch zwischen den drei Städten im Bereich Smart City zu fördern und hierfür als relevant erachtete Start-Ups zu fördern. Die Ergebnisse der von ihr bereits Anfang 2023 ins Leben gerufenen Diskussionsplattform zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus Berlin und Jakarta

aus den Feldern kooperative sozial-ökologische Stadtentwicklung, Digitalisierung und Menschenrechte aufgebaut brachte sie mit einem Bericht und Gesprächen ein. Die Reise bot zudem die Gelegenheit, Initiativen zu besuchen, mit denen Watch Indonesia! bereits in gutem Kontakt steht, wie beispielsweise das Urban Poor Consortium und das Kampung Akuarium sowie neue Kontakte zu knüpfen wie zu Vertreter*innen der Berliner Verwaltung und Akteur*innen aus dem Bereich *social entrepreneurship* in Jakarta.

Ein weiterer Arbeitsfokus der Eine-Welt-Promotorin lag in der Förderung transnationaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke zwischen Berlin und Städten im Globalen Süden. Hierfür hat die Promotorin gemeinsam mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag ein Konzept und Modellprojekt "für Zukunftsfähige Städtepartnerschaften Berlins mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden" erarbeitet. Zentrale Ziele dabei sind, die Nord-Süd-Kooperationen gleichberechtigter, nachhaltiger und lebendiger zu gestalten, die Berliner Städtepartnerschaften mit Jakarta, Mexiko-Stadt und Windhoek zivilgesellschaftlich zu fundieren und im Rahmen der Städtepartnerschaften gemeinsam Lösungen für globale Herausforderungen zu entwickeln. Das Modellprojekt wird ab Juli 2024 durch das Land Berlin gefördert und Watch Indonesia! übernimmt darin die Trägerschaft für die Koordination eines Städtepartnerschafts-Tandems mit Wahana Lingkungan Hidup Indonesia (kurz: WALHI, übersetzt: Indonesisches Umweltforum) in Jakarta.



Auswahl an öffentlichen Veranstaltungen und Publikationen

- Glokaler Sommertag im Berlin Global Village: "Transformative Kraft der Berliner Nord-Süd-Partnerschaften", 29.06.2023
- Factsheet: "Indonesien als Lieferant für Nickel – Fakten und Hintergründe zu Menschenrechts- und Umweltauswirkungen", erschienen im Dezember 2023
- Konzept für zukunftsfähige Partnerschaften Berlins mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden
- Vortrag über "urban activism" mit Fokus auf Menschenrechte und Blick auf Indonesien und Deutschland im Seminar "urban futures" an der Universität Freiburg, 13.07.2023
- Fachgespräch mit Vertreter*innen stadtpolitischer Initiativen, developmentspolitischen Vereinen und Wissenschaftler*innen zum Thema Stadt- und Wohnungspolitik, 16.11.2023
- Zivilgesellschaftlicher transnationaler Austausch zwischen Berlin und Jakarta zum Thema Smart City „Beyond Smart Collaboration - Human Rights and Civil Society Participation in Urban Governance and Sister City Collaborations“, im Rahmen des Städtepartnerschaftsprojekts "Smart Change", 10.03.2023

NETZWERKE

International Advocacy Netzwerke

Watch Indonesia! engagiert sich seit vielen Jahren im Bündnis *Internationale Advocacy Netzwerke (IAN)*, das sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Afrika, Asien und Lateinamerika einsetzt. Als Bündnis laden wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu **Fachgesprächen und Parlamentarischen Frühstück** ein. Ferner stellen wir in den

regelmäßig erscheinenden Dossiers und Briefings Ländersituationen vor und geben Handlungsempfehlungen. Anlässlich der im März vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) veröffentlichten Strategie zur „feministischen Entwicklungspolitik“ veranstalteten wir ein Parlamentarisches Frühstück zum Thema, das wir mit einem Diskussionspapier flankierten.

Westpapua-Netzwerk

Watch Indonesia! ist aktives Mitglied des deutschen Westpapua Netzwerkes (WPN) und seit September 2022 wieder im Beirat vertreten. Gemeinsam wahrgenommene Lobbytermine, gemeinsam erstellte Menschenrechtsberichte und gemeinsame Veranstaltungen sind ein wichtiger Teil unseres Engagements für die Menschen und Umwelt in Papua. Im Trio mit der Stiftung Asienhaus erfolgte 2023 Umsetzung des Veranstaltungsformats **#TalkAboutPapua**. Das Format soll mittels zwei bis drei Veranstaltungen pro Jahr über Westpapua informieren. Darüber hinaus unterstützten wir die Erstellung des Aide-Mémoire „Indonesien mit Blick auf die Menschenrechtslage in Westpapua“ gemeinsam mit dem Westpapua-Netzwerk und der Stiftung Asienhaus im Verbund mit Vereinte Evangelische Mission, Brot für die Welt, Misereor, peace brigades international Deutscher Zweig e.V., FIAN Deutschland. Anlass bot das Gespräch mit Außenministerin Annalena Baerbock am 28. August 2023.

End Cement Bündnis

Durch das Engagement im Save Kendeng Netzwerk wurde Watch Indonesia! 2020 von Aktivist*innen von Extinction Rebellion und den Architects for Future angesprochen und hat mit diesen Gruppen das cemEND Bündnis (ehem. Name) gegründet. Im Jahresverlauf 2023 traf sich das Bündnis zum Austausch und zur Erarbeitung gemeinsamer Strategien und Aktivitäten. Das Bündnis wendet sich mit seinen Forderungen an vordringlich an HeidelbergCement / Heidelberg Materials als weltweit zweitgrößter Zementhersteller. Es fordert umfassenden Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten in der Zementindustrie. Mehr Informationen gibt es unter <https://cemend.earth/>. Vor allem in Zusammenarbeit mit Fridays for Future als Bündnismitglied und mit der Unterstützung des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre sorgten wir mit Protesten, Pressemitteilungen und Fragen an die Aktionär*innen auch 2023 für die kritische Begleitung der Aktionärsversammlung der HeidelbergCement AG / Heidelberg Materials.

Indonesien-Austausch

Diese Runde von Vertreter*innen aus entwicklungspolitischen Organisationen (Misereor, Brot für die Welt, Stiftung Asienhaus, Amnesty International, FIAN, WPN, Rettet den Regenwald) tritt mehrmals im Jahr zusammen. Sie dient dem fachlichen Austausch sowie der Vernetzung. 2023 entstand aus ihr heraus ein Aide-Mémoire.

Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag / Eine Welt Stadt Berlin (BER)

Im Rahmen des bundesweiten **Eine-Welt-Promotor*innenprogramms** fungiert Watch Indonesia! e.V. seit Anfang 2022 für den Zeitraum von drei Jahren als einer der beteiligten Berliner Vereine. Auf Landesebene koordiniert unser Mitgliederverband, der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag / Eine Welt Stadt Berlin (BER), das von der Stiftung Nord-Süd-Brücken verwaltete Programm. Im Berliner Promotor*innen-Programm setzt sich ein Team von acht Expert*innen für mehr entwicklungspolitisches Engagement ein. Gleichwohl das Programm keinen spezifischen Länderschwerpunkt verfolgt, bietet es einen Rahmen dafür, die aus der Sicht unserer indonesischen

Partner*innen wichtigen Themen, Ziele und Forderungen auch auf der Landesebene mit auf die Agenda zu setzen.

Gemeinsam mit dem Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag und den Organisationen Afrika-Rat e.V. und México vía Berlin e.V. arbeiteten wir 2023 ebenfalls weiter daran, ein **trilaterales Städtepartnerschaftsprojekt** zu realisieren. Ende des Jahres sind wir unserem Ziel ein in der Senatskanzlei angesiedeltes Modellprojekt für zukunftsfähige Partnerschaften Berlins mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden zu etablieren ein großes Stück näher gekommen. Im Dezember erhielten wir eine Vorab-Finanzierungszusage vom Berliner Senat. Wir freuen uns auf die Umsetzung des Projekts: Berlins Süd-Städtepartnerschaften mit Windhoek (Namibia), Jakarta (Indonesien) und Mexiko-Stadt (Laufzeit Juli 2024 – bis 2027). Das Projekt adressiert Leerstellen in der Gestaltung der Süd-Städtepartnerschaften Berlins, denn ihr Potenzial für die Beantwortung zentraler Fragen der Zeit, wie z.B. die Bewältigung der Klimakrise, wird bisher nicht ausgeschöpft: Es fehlt an einem gemeinsamen Rahmen, an zivilgesellschaftlicher Beteiligung, am Mitwirken der Kommunen an internationalen Prozessen, an Transparenz und finanzieller Ausstattung. Im Modellprojekt, sollen drei Tandems mit den Berliner Partnerstädten Windhoek, Mexico-City und Jakarta zivilgesellschaftliche Strukturen aufbauen, die die Partnerschaften in Zusammenarbeit der den jeweiligen Verwaltungen mit zivilgesellschaftlichen Perspektiven und Handlungsansätzen für eine global und sozial gerechte Entwicklung füllen.

Der diesjährige Fokus des **BER-Netzwerks „Frauen in der entwicklungspolitischen Arbeit“** an dem wir teilnehmen, ruhte auf der Erarbeitung von Positionen zu der im März vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgelegten Strategie zur feministischen Entwicklungspolitik.

LOBBY- UND ADVOCACY

Am 2. März 2023 lud Watch Indonesia! gemeinsam mit den Internationale Advocacy Netzwerke (IAN) Parlamentarier*innen und Mitarbeitende zum **Parlamentarischen Frühstück**. Die diesjährige Schirmherrschaft übernahm MdB Deborah Düring (Bündnis 90/Die Grünen). Anlässlich der der Strategien für eine feministische Entwicklungspolitik des Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit lag der Fokus auf der Frage welchen Beitrag eine feministische Entwicklungspolitik zu globaler Geschlechtergerechtigkeit leisten kann. Mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages diskutierten wir mit hybrid und live anwesenden Vertreter*innen von Partnerorganisationen entlang unseres Diskussionspapiers „Mit deutscher feministischer Entwicklungspolitik zur Stärkung der Rechte von Frauen und Geschlechtergerechtigkeit weltweit beitragen“ über die Erwartungen zur feministischen Entwicklungspolitik in 13 Ländern. Ziel war es Mitglieder des deutschen Bundestags für die Erwartungen unserer Kolleg*innen in Asien, Afrika und Lateinamerika an die feministische Entwicklungspolitik zu sensibilisieren. Die ausschließlich weiblichen Teilnehmenden zeigten sich interessiert und insgesamt zugänglich für weitergehenden Kontakt und Austausch. Dies spornt uns an, die in unserer Arbeit bereits angelegte innewohnende intersektionale Perspektive weiter voran zu tragen und männliche Bundestagsabgeordnete in dieser Sache stärker anzusprechen.

Die **Lobbyarbeit** zum Thema „Green Infrastructure Initiative“ haben wir weitergeführt. Zusammen mit einem Vertreter von Misereor sprachen wir am 25. Januar 2023 mit Lisa Badum, der Vorsitzenden des Unterausschusses für Internationale Klima- und Energiepolitik. Wir präsentierten unser gemeinsames Briefingpapier, das die Herausforderungen urbaner Transformation im Zeichen der

Klimakrise und Handlungsempfehlungen für einen sozial gerechten Ausbau der Grünen Infrastruktur aufzeigt. Lisa Badum zeigte großes Interesse am Thema Urbane Transformation und stellte in Aussicht, dass das Thema in Vorbereitung einer geplanten Ausschussreise nach Indonesien, Gegenstand einer Sitzung des Unterausschusses Internationale Klimapolitik werden könne. Auf besonderes Interesse stieß die Handlungsempfehlung, im Zuge von Maßnahmen der grünen Infrastruktur zivilgesellschaftliche Social Development Oversight Committees einzurichten.

Am 7. März nahmen Watch Indonesia! und Miseror an einem Austausch zu den Themen Green Infrastructure Initiative und Just Energy Transition Partnership (JETP) mit der Asienabteilung des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit teil. Anwesend waren ebenfalls das Habibi Institute, Plattform F20 und Germanwatch. Es wurde deutlich, dass der GII-Prozess stockt und der Just Energy Transition Partnership höchste Priorität eingeräumt wird. Zwar gelang es uns, die Notwendigkeit der Einhaltung von Menschenrechtsstandards, der Einbeziehung der Zivilgesellschaft und die Berücksichtigung der Armutsperspektive zu betonen. Insgesamt zeigten sich die anwesenden Vertreter*innen der Bundesregierung und des BMZ jedoch einerseits offen für eine kritische Reflektion des Umgangs in Bezug auf grüne Infrastruktur, urbane Transformation und JETP. Gleichzeitig jedoch erschien der wiederholte Verweis auf die Wichtigkeit Indonesiens als Partnerland eine nur bedingte Bereitschaft anzuzeigen, die gesamte Palette zivilgesellschaftlicher Diversität einzubeziehen, den Effekten der aktuellen autoritären Entwicklungspolitik in Indonesien Rechnung zu tragen sowie die Armutsperspektive in Gänze in den Blick zu nehmen. In der Konsequenz bedeutet dies für Watch Indonesia! diese Themen auch 2024 weiterhin zu lobbyieren und weiter in der Advocacy-, Informations- und Bildungsarbeit zu bearbeiten.



V.l.n.r.: A. Harsono (HRW), C. Holike (WI), B. Plecher-Hochstrasser (AA), R. Göpel (SAH), B. Hillebrandt (WPN). ©Watch Indonesia!

Am 13. September fanden wir uns zusammen mit Misereor, Amnesty International, Stiftung Asienhaus und Andreas Harsono von Human Rights Watch Indonesia bei der Referentin für Indonesien und Timor-Leste, Dr. Barbara Plecher-Hochstraßer im Auswärtigen Amt ein. Insbesondere die Rechte von Frauen und Mädchen mit besonderem Blick auf islamisch inspirierte Bekleidungsverordnungen, die Strafrechtsreform, die Bedrohung der Meinungsfreiheit sowie die Flugzeuglieferung der Bundesregierung an Indonesien in Hinblick auf den Papua-Konflikt und die erneute Kandidatur Indonesiens für den UN-Menschenrechtsrat, waren Themen der des Lobbygesprächs. Ebenso brachten wir die Fälle von Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar und Munir zur Sprache. Frau Plecher-Hochstraßer versprach sowohl die von uns als besonders dringlich hervorgehobenen Themen Strafrechtsreform als auch die konkreten Fälle Munir und Fatia Maulidiyant und Haris Azhars in bilateralen Begegnungen anzusprechen.

Am 29. September beteiligten wir uns auf Einladung von Misereor und ihrem Gast Parid Ridwanuddin (Walhi) an einen **Parlamentarischen Frühstück** mit Mitgliedern der Parlamentarier*innengruppe ASEAN. Bei der Diskussion zum Thema: “Menschenrechte und Umweltschutz in globalen Wertschöpfungsketten und bei der Rohstoffgewinnung” standen die Klimaauswirkungen der Zementindustrie in Indonesien sowie die Klimaschutzpläne im Rahmen des

Europäischen Lieferkettengesetzes und die Einhaltung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf Klimaschutz und Menschenrechte im Fokus.

MEDIEN- UND PRESSE

Mit Pressemitteilungen und offenen Briefen wenden wir uns an Politik und Medien. Wir werden auch von Journalist*innen für Stellungnahmen und Interviews angefragt oder in Beiträgen anderer erwähnt. Zudem verfassten wir eigene Pressemitteilungen und Artikel und beteiligten uns an Eilaktionen und gemeinsamen Presseerklärungen oder offenen Briefen. Darüber hinaus liefern wir Fachbeiträge in Zeitschriften und Zeitungen.

Eigene Beiträge

Datum	Kategorie	Titel	Erscheinungsort / Mitwirkende
3. März	Diskussionspapier	Feministische Entwicklungspolitik	Online, im Rahmen von Internationale AdvocacyNetzwerke
17. Apr.	Pressemitteilung	Hannover Messe: Keine Investitionen auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten	Gem. m. Rettet den Regenwald, Watch Indonesia!, Stiftung Asienhaus, International People's Tribunal (IPT) 1965
10. Mai	Pressemitteilung	Klimasünder Heidelberg „Materials“ muss sich schneller transformieren	Gem. m. Fridays for Future Heidelberg, pax christi, Deutsche Sektion e.V., Western Sahara Research Watch Germany, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
01. Jun.	Rezension	Die Jakarta-Methode	Südlink Nr. 204, 2023
15. Jul.	Foto-Story	Kendeng schützen heißt Klima schützen	https://suedostasien.net/kendeng-schuetzen-heisst-klima-schuetzen/
August		Aide-Mémoire: „Indonesien mit Blick auf die Menschenrechtslage in Westpapua“ aus Anlass des Gespräches mit	In Zusammenarbeit mit: Westpapua-Netzwerk, Stiftung Asienhaus. Eingereicht v. Vereinte

		Außenministerin Annalena Baerbock am 28.08.2023	Evangelische Mission, Brot für die Welt, Misereor, peace brigades international Deutscher Zweig e.V., FIAN Deutschland
23. Aug.	TV-Interview	Deutsche Welle: "Der Tag" - Interview in einem Beitrag über Hausangestellte in Indonesien	https://www.dw.com/de/der-tag-vom-23082023/video-66617099
19. Sep.	Offener Brief	Indonesia's candidacy for election to the UN Human Rights Council	Watch Indonesia!, Amnesty International, Franciscans International, Forum-Asia, World Council of Churches, Human Rights Monitor, VIVAT International, Geneva for Human Rights – Global Training, Commission for Missing Persons and Victims of Violence, ASEAN SOGIE Caucus, TAPOL, SKPKC Fransiskan Papua, Imparsial, Indonesian Legal Aid and Human Rights Association (PBHI), Papua Partners and SOWP.
09. Okt.	Filmrezension	„Einladung in den Frauenwald“	https://suedostasien.net/einladung-in-den-frauenwald/
22. Nov.	Joint Statement	Joint Statement: Solidarity for Human Rights Defenders Fatia Maulidiyanti and Haris Azhar	Über 100 indonesische und internationale Organisationen

Wen wir erreicht haben

Unsere Aktivitäten adressierten auch 2023 sowohl die entwicklungspolitische Fachöffentlichkeit als auch Multiplikator*innen und Einzelpersonen, die sich für Indonesien und Timor-Leste interessieren. In den rund 78 Anfragen, Netzwerk- und Kooperationstreffen interagierten wir mit der Presse, politischen Stiftungen, Menschenrechtsorganisationen und entwicklungspolitischen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, Gemeinden, der Berliner Verwaltung, Universitäten und freien Bildungseinrichtungen.

Unsere Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Veranstaltungsbeiträge richteten sich auch dieses Jahr an zivilgesellschaftliche Akteur*innen der Handlungsfelder Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit, die Fachöffentlichkeit sowie politische Entscheidungsträger*innen und die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland, Indonesien und im europäischen Ausland.

Im Bereich **Umwelt** haben wir durch die (Mit-)Organisation von Protestaktionen und der Mitwirkung an Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Heidelberg Materials AG mit Social Media Aktionen, Pressearbeit und Referent*innentätigkeiten zahlreiche Menschen auf die Situation der Kleinbäuer*innen im Kendeng Gebirge, die Save Kendeng-Kampagne und das Thema (globale) Unternehmensverantwortung in der Zementindustrie aufmerksam gemacht. Wir lieferten Informationen und Handlungsempfehlungen für Interessierte und bereits Engagierte sowie Entscheider*innen aus Politik und Wirtschaft und sorgten im Rahmen der Aktionärsversammlung mit unbequemen Fragen an die Geschäftsführung der HeidelbergCement AG für mehr Transparenz.

Mit all dem haben wir auch dazu beigetragen, Forderungen nach sofortigem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Einhaltung von Menschen- und Völkerrechten in der Zementindustrie weiter nach vorne zu bringen.

Im Bereich **Demokratie und Menschenrechte** führten wir Diskussionsveranstaltungen durch und wirkten an Veranstaltungen anderer Organisationen mit. Zudem veröffentlichten wir eine Online-Artikelserie zu den Wahlen 2024. Diese erschien zwischen November und Dezember 2023. Insbesondere die Deutschlandtour des Dokumentarfilms Eksil sowie die Veranstaltung Antikommunismus und Massenmord: Indonesien 1965/66 als Blaupause zogen zahlreiche Menschen an. Die Veranstaltungsreihe #TalkAbout Papua erwies sich ebenfalls als Erfolg. Damit trugen wir nicht nur zu einem breiteren Bewusstsein über die Menschenrechtssituation in Indonesien bei, sondern ermöglichten auch die Vernetzung.

Soziale und Medien

Unsere Webseite wurde 19.004 Mal aufgerufen wobei das Gros der Aufrufe beinahe zu gleichen Teilen aus Indonesien und Deutschland stammte, gefolgt von den USA und der Schweiz. Die geografische Reichweite umfasst alle Kontinente und 134 Länder.

Zum 31.12.2023 verzeichnet die Facebook-Seite mit einem Anstieg von rund 93 Personen 967 Follower (Vorjahr* 874) und insgesamt 897 Likes. Wir erreichen etwa gleich viele Frauen wie Männer in einer Altersspanne von 25 bis über 65 in zehn Ländern.

Unserem Twitter-Account folgten am Jahresende 206 Einzelpersonen und Organisationen; 40 mehr als im Jahr zuvor. Mit unserem elektronischen Newsletter informieren wir einen breiten Kreis von Interessierten über die tagespolitischen Entwicklungen in Indonesien und Timor-Leste, Veranstaltungen in Deutschland, dem benachbarten Ausland u.v.m.. Mit diesem regelmäßig versandten Newsletter, der zielgruppengerecht aufbereitete relevante Informationen aus der Presse und unseren Netzwerken sowie aus unserer Arbeit enthält, erreichten wir 1794 Personen auf regelmäßiger Basis. Durchschnittlich öffnen etwa 35 - 45% der Empfänger*innen den Newsletter regelmäßig. Insgesamt versendeten wir 27 Newsletter.

Was wir erreicht haben

Über unsere entwicklungspolitische Bildungsarbeit sowie durch öffentliche Vorträge, Teilnahme an Konsultationen (z.B. BMZ), unsere Beteiligung an Netzwerken und unsere Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit blieben die Themen Menschenrechte, Umwelt und Demokratisierung in Indonesien und Timor-Leste in Deutschland präsent.

Die Vernetzung zwischen und mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus Deutschland, Indonesien und Timor-Leste wurde 2023 weiter verfolgt. Unsere Veranstaltungen zu Transitional Justice sowie die Netzwerktreffen und Veranstaltungen im Rahmen des Projekts Urbane Transformation brachten eine Vielfalt an Akteur*innen in den Austausch, die sich sonst nicht begegnet wären.

Unsere umweltpolitischen Aktivitäten informierten die relevanten Zielgruppen über umwelt-/klimaschädliche und die Menschenrechte gefährdenden Praktiken im Zusammenhang mit Zementproduktion, Entwaldung, Ressourcengewinnung und Infrastrukturentwicklung und befähigten sie für eine Verbesserung der Situation einzutreten.

Eine kritische Auseinandersetzung über die politische Entwicklung Indonesiens zu ermöglichen, war auch 2023 wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Mit unseren Projekten und Maßnahmen in den verschiedenen Themenbereichen, befähigten wir die Zielgruppen nicht nur dazu, unterschiedliche Informationsquellen, die Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Timor-Leste behandeln, einzuordnen und kritisch zu bewerten. Auch stärkten wir in diesen Bereichen aktive zivilgesellschaftliche Akteur*innen für ihre Belange einzutreten und boten Räume für transnationalen Austausch und Vernetzung. MdB, Regierungsorganisationen und Akteur*innen der Entwicklungszusammenarbeit ermöglichten wir Zugang zu Positionen der indonesischen Zivilgesellschaft, insbesondere von Betroffenen von Menschenrechtsverstößen und umweltpolitischen Akteur*innen.

Netzwerke – Bildungsarbeit – Lobby – Projekte

Mit unserem Engagement in den Netzwerken, unserer entwicklungspolitischen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen Teilprojekten und darüber hinaus sowie mit unserer Lobby- und Advocacyarbeit erreichten wir auf verschiedenen Ebenen angesiedelte Multiplikator*innen. Lehrpersonen, Aktivist*innen, Mitarbeiter*innen politischer Stiftungen und kirchlichen Hilfswerken wie auch Entscheider*innen in Politik und Wirtschaft vermittelten wir von indonesischen zivilgesellschaftlichen Perspektiven getragene Informationen und Handlungsempfehlungen. Wir ermöglichten transnationale Begegnungen, Austausch und Dialog.

Onlinepräsenz und Social Media

Wir erreichen unsere Zielgruppen unter anderem über unseren Informationsservice/E-Newsletter, der derzeit 1794 Adressat*innen aufweist, sowie über unsere Homepage und über soziale Medien, v.a. Facebook, Veranstaltungen, persönliche Gespräche und über die Jahre gewachsene informelle Kanäle sorgen zusätzlich für die Verbreitung unserer Inhalte. Von der Twitter- bzw. X-Nutzung haben wir uns aus politischen und ethischen Gründen 2023 zurückgenommen. Dennoch wuchs die Anzahl der Follower.

Unserer **Homepage** bietet sowohl ein mehrsprachiges Angebot an Berichten, Veranstaltungshinweisen und weiterführenden Links zu einer breiten Palette von Themen und Organisationen, als auch die Ergebnisse unserer Arbeit* Themenhefte, Menschenrechtsberichte und Flyer, Presseerklärungen, Briefings, Statements, offene Briefe, und nicht zuletzt, das Archiv der SUARA – Zeitschrift für Indonesien und Osttimor.

Unsere Präsenz auf **Facebook** haben wir 2023 weiter ausgebaut. Während in den Vorjahren meist eigene Veranstaltungen und Neuigkeiten aus dem Verein publiziert wurden, sind wir schon 2019 dazu übergegangen, auch relevante Petitionen und Berichte über tagespolitische Entwicklungen mit

besonderer Bedeutung sowie für die Vereinszwecke relevante Pressemitteilungen und Aufrufe von Partnerorganisationen zu verbreiten. Dies führt auch zu einem stetigen Anwachsen der Follower sowie der Interaktionen.

Zahlenmäßige Reichweite

Medium	Follower & Zugriffe
Facebook	983 Follower (940 im Vorjahr)
Twitter	226 Follower (180 im Vorjahr)
Webseitenbesuche (Jan – Dez 2023)	19.004 (+20,4% zu 2022), 23617 eindeutige Seitenansichten (+7,3% zu 2022)

Zielgruppenerreichung

	Direkt erreicht
E-Mail Informationsdienst	1794
Informations- und Diskussionsveranstaltungen,	500
Kampagnen & Aktionen	800
Facebook	900 Interaktionen
Parlamentarische Lobbyarbeit, Lobby- und Fachgespräche	35 Kontakte
Teilprojekt „Urbane Transformation“	380
Filmtour Exil	252 Veranstaltungsbesucher*innen
Antikommunismus und Massenmord: Indonesien 1965/66 als Blaupause	120
Wahlen 2024 in Indonesien: Analysen & Meinungen (Artikelserie)	39 downloads

Beantwortung von Anfragen

Durchschnittlich wandten sich im Jahr 2023 pro Monat ca. 6 Personen und Organisationen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen an uns. Gefragt wurde vor allem nach Fachauskünften, Analysen und Hintergrundinformationen. Beratung, Vernetzung, Kollaborationsanfragen und fachlicher Austausch kamen an zweiter Stelle.

Querschnittsthemen

Geschlechterinklusion und Nachhaltigkeit

Watch Indonesia! versteht sich als offene familienfreundliche Organisation, die ihren Mitarbeiter*innen größtmögliche Flexibilität ermöglicht. Dies wird durch flexible Arbeitszeiten, die Möglichkeit der Arbeit im Home Office sowie ein kollegiales Arbeitsklima gewährleistet. Im Team der Hauptamtlichen waren 2023 Anfangs zwei Frauen und ein Mann beschäftigt, ab Februar drei Frauen. Allerdings war der Vorstand von Watch Indonesia! 2023 ungewöhnlicherweise durch vier

Männer und zwei Frauen vertreten. Für 2024 möchten wir dies ändern und eine Geschlechterparität herstellen. Über Chancengleichheit und Geschlechterrepräsentation diskutieren wir sowohl mit unseren Partnerorganisationen als auch innerhalb des Teams von Watch Indonesia! e.V. regelmäßig. Daraus resultierend erfolgt eine weitestgehend geschlechterparitätische Besetzung der von uns durchgeführten Veranstaltungen und Projekte.

Weiterhin ist uns wichtig, Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Individuen in und aus Indonesien, die bislang keinen oder wenig Zugang zu internationalen Zusammenhängen hatten und auf lokaler Ebene arbeiten, den Zugang zu erleichtern. Unter dem Gesichtspunkt der Zugänglichkeit wie auch der Reduzierung von sozialen Partizipationshürden legen wir Wert auf die Bereitstellung von Übersetzungen oder Dolmetschleistungen sowie auf eine offene Organisationskultur. Bei der Wahl unserer Veranstaltungsorte achten wir darauf, dass sie barrierefrei oder mindestens barrierearm zugänglich sind. Im Rahmen des durch die Gesundheitskrise erfolgten Digitalisierungsschubs, stellt die Gestaltung digitaler Barrierefreiheit ein wichtiges Entwicklungsthema für Watch Indonesia! dar.

Themen der Geschlechter(un)gerechtigkeit, Frauen- und Kinderrechte sowie LGBTIQ-Rechte und die Rechte wie auch Einbeziehung marginalisierter Bevölkerungsgruppen jeglicher Art sind grundlegender Bestandteil unserer inhaltlichen Arbeit.

Watch Indonesia! setzt sich inhaltlich mit dem Thema der Nachhaltigkeit intensiv auseinander. Dabei legten wir im Berichtsjahr das inhaltliche Augenmerk auf urbane Transformation, Zementproduktion und Ressourcengewinnung sowie Infrastrukturprojekte.

Watch Indonesia! Legt großen Wert auf den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen (z.B. Verwendung von Recycling-Papier; Ökostrom, vegetarische Verpflegung bei Veranstaltungen; Dienstreisen mit der Bahn und öffentlichen Nahverkehr statt Flugzeug oder Auto (wenn möglich)).

Wem wir danken

Das ehrenamtliche Engagement von Mitgliedern und Einzelpersonen hat sehr dazu beigetragen, dass wir auch in diesem Jahr wichtige Inhalte und Themen weiter voranbringen konnten.

In finanzieller Hinsicht wurde Watch Indonesia! im Jahr 2023 von Misereor und der Evangelischen Kirche im Rheinland institutionell gefördert.

Unterstützung für die Projektdurchführungen erhielten wir von der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit/Stiftung Nord-Süd-Brücken, Brot für die Welt und der Stiftung Umverteilen sowie von Engagement Global (insbes. FEB - Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung).

Zusätzlich unterstützten zahlreiche, teilweise sehr großzügige Einzelspender*innen unsere Arbeit. Ihnen und Euch allen sprechen wir unseren herzlichen Dank aus!